

E-PAPER

Trump und der Populismus

DIRK NABERS & FRANK A. STENGEL

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, Februar 2017

Trump und der Populismus

Verfasst von Dirk Nabers und Frank A. Stengel

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	3
2 Für eine Rückkehr zu klaren Begrifflichkeiten: Was ist Populismus (nicht)?	8
2.1 Populismus als Sammelbegriff	8
2.2 Für einen anderen Populismusbegriff	14
3 Trump als Anti-Populist	17
3.1 Chauvinismus	17
3.2 Antipluralismus	21
3.3 Unilateralismus	24
4 Fazit: Warum das Populismus-Label manchmal mehr verbirgt als erklärt	28
Literatur	30
Die Autoren	40
Impressum	40

1 Einleitung^[1]

«The year 2016 is indeed the year of the populist, and Donald Trump is its apotheosis.»

J. Eric Oliver & Wendy M. Rahn (2016: 190)

«[I]s not it a euphemism – obeying a certain type of pro-European political correctness—to use <populist> to refer to forces that are outright racist, chauvinist or even fascist or neo-Nazi [...] ?»

Yannis Stavrakakis und Giorgos Katsambekis (2014: 136)

Entgegen der Erwartungen nahezu aller Kommentator/innen dies- und jenseits des Atlantiks wurde Donald J. Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) gewählt.^[2] Lange Zeit wurde Trumps Kandidatur als chancenlos abgetan, respektive schlicht für einen Scherz oder Publicity-Stunt gehalten (Gökarıksel/Smith 2016; IISS 2015; Page 2015). Ernsthafte Kommentator/innen bezeichneten ihn noch nach der Wahl schlicht als «Lachnummer» (etwa Tooze 2017). Solche Urteile gründeten nicht zuletzt auf zahlreichen rassistischen, frauenfeindlichen und persönlich beleidigenden Wahlkampfäußerungen des Kandidaten, von denen viele annahmen, sie würden seine Eignung für das Präsidentenamt soweit infrage stellen, dass sich die Wähler/innen von ihm abwenden würden. Die Tatsache, dass Trump entgegen diesen Erwartungen dennoch erfolgreich war, wirft eine Reihe von Fragen auf, etwa nach den Bedingungen wie auch nach den Folgen seines Wahlsiegs. Dies sind zweifelsohne bedeutende Punkte, deren wissenschaftliche Bearbeitung jedoch, nicht zuletzt aufgrund eines Mangels an verlässlichen, für eine systematische

- 1** Für hilfreiche Kommentare danken die Verfasser Jan Zeemann, für Unterstützung bei Recherche und Korrektur Merve Genç und Malte Kayßer.
- 2** Eine Ausnahme ist die konservative Kommentatorin Ann Coulter, die schon im Juni 2015 in der Show *Real Time with Bill Maher* Trump die besten Chancen unter den republikanischen Kandidaten zugesprochen hatte – und dafür Gelächter erntete (Real Time 2016). Abgesehen von Coulter gab es vereinzelt Stimmen, innerhalb der Wissenschaft und außerhalb (Michael Moore etwa), die einen Wahlsieg Trumps voraussagten. Die überwiegende Mehrheit jedoch hielt ihn für chancenlos, zumal der Immobilienmogul und Reality-TV-Darsteller in der Vergangenheit schon häufiger öffentlich mit dem Gedanken geflirtet hatte zu kandidieren, nur um dann im letzten Moment einen Rückzieher zu machen (Page 2015).

Analyse geeigneten Daten, erst ganz am Anfang steht.[3] Dementsprechend beschreibt die vorliegende Studie einen anderen Weg, indem sie nämlich einen Schritt zurück tritt und das ungleich größere Phänomen in den Blick nimmt, als dessen Ausdruck Trump gemeinhin verstanden wird. Wovon wir hier sprechen, ist das Phänomen des Populismus, der durch Trumps Wahlkampfeserfolg noch stärker in den Vordergrund sowohl der politischen als auch der akademischen Debatte gerückt ist, als dies ohnehin schon der Fall gewesen war.

Nun ist Populismus in der Tat kein neues Thema in den Sozialwissenschaften (schon in den 1960er Jahren wurde dazu gearbeitet),[4] und auch in den Medien tauchen seit Jahren immer wieder Politiker/innen oder Parteien auf, die mit dem Begriff etikettiert werden. Die zunehmende Bedeutung radikaler Parteien wie etwa des Front National in Frankreich, der griechischen Syriza oder der Alternative für Deutschland (AfD) scheint die These zu stützen, dass wir derzeit so etwas wie einen «globalen Aufstieg des Populismus» (Moffitt 2016) beobachten. «Trumpismus», die spezifische mit Trump assoziierte Ideologie bzw. sein spezifischer Politikstil (Populismusforscher/innen streiten u.a. darüber, welcher Gattung sozialer Phänomene Populismus angehört; vgl. Moffitt 2016; Mudde 2016b), wird dabei gemeinhin als pars pro toto eines allgemeineren Trends gelesen.[5] Das Interesse am Populismus liegt dabei nicht allein in akademischer (bzw. journalistischer) Neugier begrün-

- 3** Erste Versuche einer Einschätzung der möglichen Auswirkungen des Regierungswechsels auf verschiedene Aspekte der US-Außenpolitik finden sich in Ausgabe 1/2017 der Zeitschrift *Internationale Politik*. Tatsächlich werden systematische Voraussagen durch eine Reihe von Faktoren erschwert. Hier wären zunächst die Inkonsistenz von Trumps Wahlkampfaussagen sowie sein, wie Evan Osnos es formuliert, «erschütternd ungeniertes Verhältnis zu Lügen» (Osnos 2017: 28) zu nennen, die es *de facto* unmöglich machen, zwischen Aussagen zu unterscheiden, die Trumps Überzeugungen entsprechen, und solchen, die opportunistischer Wahlkampfaktik geschuldet sind. Hinzu kommt, dass auch der US-Präsident, trotz vergleichbar großer Machtfülle insbesondere in der Außenpolitik, nicht völlig unabhängig agieren kann. Gerade was die Integration der Vereinigten Staaten in internationale Organisationen betrifft, so ist Trump auf Kooperation des US-Kongresses angewiesen. Dieser ist fest in republikanischer Hand, was definitiv dafür spricht, dass sich unter Trump sehr viel verändern könnte. Allerdings hat Trump auch in der republikanischen Partei Gegner/innen wie beispielsweise den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten John McCain, und es ist schwer abzusehen, welche inhaltlichen Entscheidungen der US-Kongress mitzutragen bereit sein wird. So oder so kann der US-Präsident allerdings auch unilateral einige Forderungen, etwa nach mehr Unilateralismus, durchsetzen. Um einen zentralen Punkt als Beispiel herauszugreifen: Man muss nicht formell aus der NATO austreten, um sie politisch zu marginalisieren (zu Trumps Positionen in Bezug auf Allianzen vgl. etwa Lindberg 2016). Es ist gerade Trumps Charakteristikum als das, was man im Englischen eine *loose cannon* nennt, was ihn zumindest potenziell gefährlich, aber gleichzeitig einer sozialwissenschaftlichen Analyse nur schwer zugänglich macht.
- 4** Am prominentesten wohl Ionescu und Gellner (1969).
- 5** Mit Trumpismus meinen wir das von Trump artikulierte spezifische Gemisch aus Elitenfeindlichkeit, Nationalismus, teilweise Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Homophobie, Unilateralismus, Antiglobalismus und Protektionismus, von denen Trumps Äußerungen gekennzeichnet sind, das aber über Trump selbst hinaus geht (Tierney 2016).

det, denn ein zentraler Punkt bei all den Debatten über «den Populismus»[6] ist sein allem Anschein nach schwieriges Verhältnis zur Demokratie. In vielen Debatten, insbesondere in den Massenmedien, schwingt die Angst mit, dass Populismus in der Tat eine reale Gefahr für die Demokratie sein könnte. Tatsächlich geben sich einige der gemeinhin unter dem Begriff «Populismus» subsumierten Politikakteure alle Mühe (wenn auch mit unterschiedlicher Radikalität), solche Befürchtungen aktiv durch illiberale und/oder antidemokratische Äußerungen und Politiken zu nähren. Das reicht von der Aussage der Vorsitzenden der AfD, Frauke Petry, man müsse den (hauptsächlich von den Nationalsozialisten gebrauchten, rassistischen und deshalb zurecht vollkommen diskreditierten) Begriff «völkisch» doch wieder positiv besetzen,[7] über Jarosław Kaczyńskis Bestrebungen, die Unabhängigkeit von Medien und Justiz in Polen einzuschränken (Stanley 2016), bis hin zur Aussage des philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte, er wolle nach dem Vorbild des Holocaust alle Drogenabhängigen des Landes umbringen.[8]

Dennoch fällt auch bei einem relativ kursorischem Blick sofort die große Heterogenität «populistischer» Parteien, Bewegungen und individueller Politiker/innen ins Auge. Nicht nur umfasst Populismus hier scheinbar das ganze Spektrum an inhaltlichen Positionen (von traditionell linken Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit bis hin zu rechten, nativistischen Forderungen danach, das jeweilige Volk rein zu halten); er schließt auch zum Teil erheblich unterschiedliche Ausprägungen an Radikalität ein, von eher moderaten Politikern wie Bernie Sanders bis hin zu selbsterklärten Hitler-Bewunderern wie Duterte.[9] Dies ist aus zweierlei Gründen problematisch: Erstens lässt sich fragen, wie nützlich ein Analysekonzept ist, das so eine große Anzahl an teilweise extrem diversen Phänomenen umfasst. Kurz, der Populismusbegriff in seiner jetzigen Verwendungsweise erlaubt es nicht, Populismus von angrenzenden Phänomenen zu unterscheiden. Damit ist er zumindest zu einem gewissen Grad analytisch irreführend. Zweitens ist dieses theoretisch-konzeptionelle Problem untrennbar mit praktisch-politischen Fragen verbunden. Wenn nämlich moderate und radikale (oder gar extremistische), linke und rechte Bewegungen unter einem gemeinsamen Label diskutiert werden, so besteht die Gefahr, dass Gemeinsamkeiten (in diesem Fall Elitenkritik und/oder der Anspruch, für das Volk zu sprechen) überbetont und Unterschiede (Nativismus, Fremdenfeindlichkeit, soziale Gerechtigkeit, Unterstützung für oder Feindlichkeit gegenüber Pluralismus, Rechtsstaat etc.) vernachlässigt werden.

6 Wie wir sehen werden, ist die Annahme, dass «der Populismus» ein einheitliches Phänomen darstellt, höchst problematisch.

7 So Frauke Petry in einem Interview (Balzli/Kamann 2016).

8 Im September 2016 hatte Duterte wörtlich erklärt: «Hitler massacred three million Jews. Now there is three million, there's three million drug addicts. There are. I'd be happy to slaughter them» (zit. n. Villamor 2016).

9 Das Kriterium der Radikalität ist natürlich selbst nicht unproblematisch, schwingt doch immer ein normatives Element mit. So ist jeweils das radikal, was von der herrschenden Meinung abweicht. In der Demokratie sind also demokratiekritische oder gar -feindliche Positionen radikal, in einer Autokratie dagegen bisweilen demokratische.

Nehmen wir die mögliche Inkompatibilität verschiedener Populismen mit (liberaler) Demokratie in den Blick – immerhin der zentrale praktisch relevante Punkt in der Diskussion –, so scheinen hier die Unterschiede und nicht die Gemeinsamkeiten entscheidend zu sein. In der Tat lässt sich zeigen, dass verschiedene Populismen, auch wenn sie grundsätzlich eine Kritik am Status quo eint, völlig unterschiedliche Elemente des Status quo angreifen. Ob eine spezifische Bewegung oder Partei gefährlich ist, hängt nicht in erster Linie von ihren möglichen populistischen Elementen ab, sondern von ihren übrigen inhaltlichen Positionen und deren Gegnerschaft zu den jeweiligen als schutzbedürftig angesehenen Referenzobjekten (Demokratie, Rechtsstaat, pluralistische Gesellschaft oder liberale Marktwirtschaft). Indem er die Gemeinsamkeiten zu Ungunsten der – aus normativer Perspektive entscheidenden – Unterschiede überbetont, versteckt der Populismusbegriff zumindest teilweise gerade das, was aus demokratietheoretischer (oder eher: demokratiepraktischer) Perspektive das Entscheidende ist, wenn es darum geht zu klären, wie mit bestimmten politischen Phänomenen umzugehen ist. Wenn nämlich, wie der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller (2016e: 11) jüngst zurecht kritisierte, «umstandslos alles und alle in einen Topf geworfen werden» (wie wir später sehen werden, ist Müller selbst leider auch nicht gänzlich davor gefeit), bedeutet das wiederum zweierlei: Erstens steht es einer Unterscheidung zwischen gefährlichen und unproblematischen Bewegungen im Wege und wirkt damit zugleich verharmlosend und dramatisiert. Es bagatellisiert antidemokratische und antippluralistische Entwicklungen, indem es das Augenmerk auf eine schwer greifbare «Elitenkritik» lenkt und spielt möglicherweise berechtigte Kritik an teilweise vom Volk abgekoppelten oder gar korrupten Plutokratien oder Oligarchien herunter.[10] Zweitens führt eine Diskussion unterschiedlicher und teilweise inhaltlich gegensätzlicher Bewegungen unter der gemeinsamen Überschrift «Populismus» dazu, dass möglicherweise für vollkommen unterschiedliche Politikprobleme eine Generallösung angeboten wird, obwohl differenzierte problemadäquate Strategien vielleicht effektiver wären. Gerade für diejenigen, die sich mit dem Phänomen eher aus einer praktischen Sicht beschäftigen (etwa Entscheidungsträger/innen oder Vertreter/innen der wissenschaftlichen Politikberatung), ist es also unabdingbar, sich die politischen Festlegungen, die bestimmte Begrifflichkeiten implizieren, bewusst zu machen (grundsätzlich hierzu Godehardt 2015).

Die Studie illustriert daher die primär theoretischen Überlegungen zu Populismus (Abschnitt 2) anhand des Beispiels «Trump(ismus)» (Abschnitt 3). Dabei lässt sich an Trump gut zeigen, dass Populismus als Analysekonzept nur eine begrenzte Beschreibungs-

10 Um gleich Missverständnissen vorzubeugen, sei gesagt, dass hier nicht argumentiert wird, es gäbe einen einheitlichen Volkswillen, von dem dann Entscheidungsträger/innen abweichen. Allerdings kann es durchaus sein, dass demokratisch gewählte Repräsentant/innen (von autokratischen Herrscher/innen ganz abgesehen) substanzielle Politikziele verfolgen, die mehrheitlich von der Bevölkerung abgelehnt werden. In einem solchen Fall wäre Kritik aus demokratietheoretischer Sicht durchaus nicht vollkommen unberechtigt, und es ist fraglich, inwieweit es angemessen ist, sie als «populistisch» abzuqualifizieren. Die Unterscheidung zwischen legitimer und illegitimer Kritik selbst ist allerdings, das gilt es nicht zu vergessen, unvermeidlich normativ aufgeladen.

geschweige denn Erklärungskraft hat. In der Tat ließe sich, abhängig vom jeweiligen Populismusverständnis, durchaus ebenso argumentieren, dass Trump eben kein Populist ist. Es fällt bei genauerer Analyse auf, dass das, was an Trumps Äußerungen bei einigen Beobachter/innen dies- und jenseits des Atlantiks Sorge auslöst, eben gerade nicht die aus politiktheoretischer Sicht als populistisch zu sehenden Elemente sind, sondern diejenigen, die er mit populistischen Elementen kombiniert. Diese diskutieren wir in dieser Studie unter den Schlagworten Chauvinismus und Antipluralismus.

Die Studie schließt mit einem Plädoyer dafür, die Verwendung des Populismusbegriffs grundlegend zu überdenken. In seiner jetzigen Verwendungsweise ist der Populismusbegriff sowohl analytisch als auch normativ irreführend und verbirgt mehr als er erhellt. Wir plädieren dafür, aus theoretischen ebenso wie politikpraktischen Erwägungen, den Begriff zugunsten anderer Konzepte zurückzustellen, die besser geeignet sind, die jeweilig spezifischen politischen Forderungen einzelner Parteien und Bewegungen zu fassen. Nur so lässt sich systematisch darüber diskutieren, welche Partei oder Bewegung genau welchem Aspekt des Status quo ablehnend gegenüber steht. Nur auf dieser Basis lässt sich dann unterscheiden, welche Bewegungen überhaupt ein zu lösendes Problem darstellen oder welche möglicherweise im Sinne einer lebendigen Demokratie tatsächlich Unterstützung verdienen und was geeignete politische Maßnahmen sind, um damit umzugehen. Auf der Basis eines gerade im deutschen Diskurs marginalisierten Strangs der Populismusforschung argumentieren wir, dass der Begriff des Populismus – wenn überhaupt – positiv gewendet für originär demokratische Bewegungen anstatt für antidemokratische Strömungen Verwendung finden sollte (vgl. Grattan 2016). Letztere sind unserer Ansicht nach besser bezeichnet mit Begriffen, die ihren spezifischen inhaltlichen Charakter deutlicher benennen. Wenn inhaltliche Positionen mit Bezeichnungen wie Rassismus, Frauenfeindlichkeit, illiberale Demokratie, Globalisierungs-, Neoliberalismus- und/oder Kapitalismuskritik benannt werden, statt alles als populistisch zu bezeichnen, vereinfacht das nicht nur die sozialwissenschaftliche Analyse, sondern erleichtert auch die politische Meinungsbildung.

2 Für eine Rückkehr zu klaren Begrifflichkeiten: Was ist Populismus (nicht)?

2.1 Populismus als Sammelbegriff

Die Gruppe vermeintlicher Populist/innen reicht heute vom philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte über autokratische Herrscher wie Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei oder Wladimir Putin in Russland, offene Demokratiegegner wie Viktor Orbán und die Partei Fidesz in Ungarn oder Jarosław Aleksander Kaczyński in Polen, rechtsradikale Parteien wie den Front National oder (zumindest teilweise) die AfD, sozialdemokratisch und sozialistische Parteien wie Podemos, Syriza oder Die Linke^[11], bis hin zu gemäßigten Kandidaten wie Bernie Sanders (Pausch 2015; Mudde 2016). Sie alle werden in einem Atemzug genannt, wenn es um den in den Medien viel beschworenen Links- oder Rechtspopulismus geht. Fareed Zakaria (2016) etwa, seines Zeichens prominenter Kommentator sowohl in den Medien als auch im politiknahen akademischen bzw. politikberatenden Diskurs, führt Sanders, Trump, Syriza und den Front National als Beispiele für Populismus an. Angesichts dieser vergleichsweise großen Heterogenität innerhalb der Kategorie Populismus stellt sich die Frage danach, welche Kriterien eigentlich Populist/innen zu Populist/innen machen. Hier ist festzustellen, dass in der Mehrheit der Medienbeiträge ein ziemlich vages und oft implizites Populismusverständnis vorherrscht. In der Tat wird oftmals einfach von «dem Populismus» gesprochen, in der Annahme, es sei irgendwie klar, was damit gemeint sei. Dabei wird der Begriff vielfach vereinfachend für alle verwendet, die Kritik an vermeintlich vom Willen des «Volkes» abgekoppelten (politischen, journalistischen, ökonomischen und/oder wissenschaftlichen) Eliten üben. Ein noch weiterer Begriff scheint teilweise unter Entscheidungsträger/innen vorzuherrschen, wo Populismus, so scheint es, bisweilen schlicht damit gleichgesetzt wird, an die Volkssouveränität zu erinnern. So forderte jüngst der ehemalige CSU-Politiker Peter Gauweiler (2016) in einem Interview mit der ZEIT: «Nennen Sie mir irgendeinen Politiker, der nicht auch populistisch agiert!»^[12] Wenn aber nahezu alles irgendwie Populismus ist, wenn sowohl linke Globalisierungskritiker/innen als auch Politiker/innen zum Populismus gehören, die rhetorisch an die Nationalsozialist/innen

11 Zur Verwirrung tragen teilweise auch die politischen Akteur/innen selbst bei, etwa wenn Linke-Führungsfiguren wie Sarah Wagenknecht Überschneidungen zwischen der AfD und der Linken entdecken (vgl. Niedermayer 2015).

12 Dazu das Interview «Das Biest in mir», in: Die Zeit, 8. Dezember 2016, S. 4.

anknüpfen,[13] dann kommen nicht zu Unrecht Zweifel am Nutzen dieser deskriptiven Kategorie auf. Denn nicht ohne Grund insistieren Sozialwissenschaftler/innen darauf, dass theoretische Konzepte spezifisch genug sein müssen, um zugehörige Phänomene von nicht zugehörigen unterscheiden zu können (vgl. Wonka 2007).

Allerdings ist auch die sozialwissenschaftliche bzw. politikberatende Fachliteratur (die Grenzen sind oft fließend) teilweise nur unwesentlich präziser, etwa wenn alle Parteien oder Bewegungen, die Eliten kritisieren, etablierten Institutionen misstrauen und/oder einen stärkeren Einfluss des Volkes fordern, als populistisch gelten (Zakaria 2016) oder gar, noch unpräziser, alle diejenigen, die unrealistische Versprechungen machen (Fraunberger 2016). Insofern tragen zumindest Teile der Sozialwissenschaften an der um den Populismus-Begriff entstandenen Konfusion eine Mitschuld. Vor dem Hintergrund dieser andauernden Begriffsverwirrung sind immer wieder Versuche unternommen worden, das Verständnis von Populismus zu präzisieren. Cas Mudde (2007; ähnlich auch Kaltwasser/Taggart 2016) beispielsweise definiert Populismus als eine Form von Ideologie, die sich durch zwei Aspekte auszeichnet: Erstens porträtiert sie die Gesellschaft als gespalten zwischen einem moralisch reinen Volk und einer korrupten Elite. Zweitens zeichnet sich Populismus als Ideologie dadurch aus, dass sein konzeptioneller Kern «dünn» ist, also der Anreicherung durch Anleihen aus anderen Ideologien bedarf (Mudde 2007: 23; 2016b: 68).[14] Durch diese Anleihen ergibt sich dann der spezifische Charakter etwa des Links- und Rechtspopulismus. Inhaltlich ähnlich, allerdings konzeptionell abweichend hat jüngst Benjamin Moffitt (2016) ein Verständnis von Populismus als politischem Stil vorgeschlagen. Neben der Zentralität des Volkes betont Moffitt zusätzlich die Behauptung einer akuten Krise, die dringendes Handeln erfordere, sowie den Durchbruch von akzeptierten Grenzen des politischen Diskurses, etwa durch Unhöflichkeit, Beleidigungen oder Ähnliches (Moffitt/Torney 2014).

13 Eben dies tut etwa die AfD-Vorsitzende Petry, wenn sie (bewusst oder aus Unwissenheit) vom «Überleben des eigenen Volkes» als Ziel deutscher Politik redet (zit. n. Handelsblatt 2015) und fordert, der Begriff des «Völkischen» müsse wieder positiv besetzt werden. Solche Äußerungen verblassen sogar neben denen von Björn Höcke, dem AfD-Vorsitzenden im Thüringer Landtag. Höcke, der zwar in der AfD umstritten ist, den AfD-Vize Alexander Gauland jedoch als Mitglied des Spitzenteams der AfD für die Bundestagswahlen sieht (Spiegel Online 2016), ist vor allem durch seine ausländerfeindliche Rhetorik aufgefallen, die einige Journalist/innen explizit mit der berühmten Sportpalast-Rede von Joseph Goebbels verglichen haben. So bezieht sich Höcke etwa explizit auf das Tausendjährige Reich der Nationalsozialisten, beschwört Gefahren für das Abendland und kontert Medienkritik mit dem Vorwurf eines Sprechverbots, auferlegt durch «geistig-moralisch kastrierte Schreiberlinge» (Fuchs/Machowecz 2016; Haverkamp 2015; Handelsblatt 2015). Ein Vergleich zwischen Höcke und Goebbels ist auf der Website des WDR-Magazins Monitor verfügbar (WDR 2015).

14 Ideologie wird bei Mudde unter Bezug auf Michael Freedon als «Konfiguration politischer Konzepte» verstanden (Freedon 1996: 48).

Im deutschsprachigen Raum sind jüngst insbesondere die Arbeiten Jan-Werner Müllers zu nennen, auf die wir uns im Folgenden primär konzentrieren.[15] Für Müller ist Populismus weder eine Ideologie noch ein politischer Stil, sondern eine bestimmte «Politikvorstellung» (Müller 2016e: 42) oder «eine Form von Identitätspolitik» (Müller 2016f: 3).[16] Ebenso wie Mudde und Moffitt betont Müller (2016e) den antielitären Impetus sowie den Bezug auf das Volk als Merkmale des Populismus. Allerdings muss für Müller noch ein weiteres Merkmal erfüllt sein, nämlich der Anspruch der Populist/innen, *alleinige* Vertreter/innen eines homogenen Volkswillens zu sein: «In einer Zeit der Globalisierung – sprich: durchlässiger oder gar ganz verwischender Grenzen – suggerieren die Populisten mit ihrem <Wir> eindeutige Zugehörigkeit und klare Grenzen (<unser Abendland> – und alle <wahren> Deutschen wissen dann schon, was gemeint ist)» (Müller 2016e: 21).

Dem zugrunde liegt ein nicht diskutierbarer, auf essentiellen Wesensmerkmalen beruhender Volksbegriff. Das Volk ist eine von gesellschaftlichen Kämpfen unabhängige Tatsache (es ist sozusagen einfach da), und seinen Willen zu repräsentieren ist etwas, das die Populist/innen für sich allein beanspruchen. Müller weist darauf hin, dass ein solcher Alleinvertretungsanspruch demokratietheoretisch problematisch ist – und mit demokratietheoretisch ist hier eigentlich demokratiepraktisch gemeint. Denn da es extrem unwahrscheinlich ist, dass «das Volk», d.h. alle Mitglieder einer politischen Gemeinschaft (einmal die Frage, wer eigentlich legitim dazu gehört, außen vor gelassen), zu einem bestimmten Thema komplett einer Meinung sein wird, ist die Behauptung, man habe als Einzige(r) den wahren Willen des angeblich homogenen Volkes erkannt, schlicht unsinnig (Müller 2016).[17] Unabhängig davon, ob die Behauptung sinnvoll ist oder nicht, ist sie doch für Müller der Kern des Populismus. Populist/innen behaupten, sie seien schon im Besitz der Wahrheit, und folgerichtig zeigt für sie jedes Gegenargument nur, dass Kritiker/innen eben nicht wirklich zum Volk gehören. Das ist ein zunächst einleuchtendes Argument, und es hat den entscheidenden Vorteil, dass es das Augenmerk direkt auf einen zentralen Punkt lenkt, nämlich die Frage der Demokratieverträglichkeit von Populismus. Denn aus unserer Sicht vollkommen zurecht warnt Müller vor antidemokratischen Tendenzen innerhalb der Bewegungen und Parteien, die er unter dem Stichwort Populismus diskutiert. Allerdings fördert eine tiefer-

15 Wir konzentrieren uns vornehmlich aus drei Gründen auf Müllers Arbeiten. Erstens ist Müller wie kaum ein anderer sowohl im akademischen (Müller 2016e; 2016b; 2016f) als auch im allgemeinen öffentlichen Diskurs präsent, in deutschsprachigen Medien (Müller 2016c) ebenso wie in englischsprachigen (Müller 2016d; 2016a). Zweitens zeichnen sich Müllers Beiträge gerade dadurch aus, dass sie im Gegensatz zu einigen anderen neueren Beiträgen tatsächlich um eine systematische Abgrenzung bemüht sind, statt alle irgendwie elitenkritischen Bewegungen als populistisch zu brandmarken. Drittens nimmt Müller explizit das Verhältnis von Demokratie und Populismus in den Blick und weist deutlich auf die Gefahr hin, die Trumpismus, PEGIDA und Front National, um nur drei zu nennen, für die liberale Demokratie darstellen.

16 Welches von beiden Populismus ist, wird nicht vollkommen klar.

17 In der Tat zeichnet sich jedes Volk zunächst durch eine weitgehende Heterogenität aus. Das Volk ist also das sich stets verändernde Produkt diskursiver Auseinandersetzungen, nicht etwas, was unabhängig von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen schon immer existiert (vgl. Laclau 2007).

gehende Auseinandersetzung mit Müller einige Probleme zutage, die teilweise nur seine Arbeiten betreffen, aber teilweise auch über sie hinaus gehen.

Erstens vermischt der Begriff des Populismus, wie er derzeit zumeist vor allem in den Medien aber auch teilweise in der Fachliteratur verwendet wird, «rechts» und «links». Auch wenn grundsätzlich davon ausgegangen werden kann, dass Forscher/innen sich bewusst sind, dass sich beispielsweise AfD und Linke, ganz zu schweigen von Syriza und dem Front National, durchaus substantiell unterscheiden, erweckt der Begriff Populismus doch mehr den Eindruck von Gemeinsamkeit denn Opposition. Und auch Müller differenziert hier, trotz seines grundsätzlichen Bemühens um Klarheit, nicht eindeutig. Im Prinzip kann Populismus sowohl rechts als auch links sein, aber gerade bezüglich einiger «Wackelkandidaten» fehlen die Beispiele. Welche der in Medien und Fachliteratur oftmals als populistisch bezeichneten Parteien wären es nach seiner Definition *nicht* (von historischen Beispielen einmal abgesehen)? Gehört Die Linke mit dazu? Wo sind Syriza und Podemos einzusortieren? Die Antwort bleibt Müller uns schuldig. Während er auf der rechten Seite klare Beispiele benennt, bleibt die linke Seite komisch unscharf. Dabei ist die Unterscheidung zwischen links und rechts durchaus politisch relevant, und ein Teil der fachwissenschaftlichen Populismusliteratur unterscheidet explizit zwischen linkem und rechtem «Populismus». Sie tut dies anhand der Begrifflichkeiten Inklusion und Exklusion: Während linke Populisten ein inklusives Projekt verfolgen, das auf den Einbezug unterprivilegierter Schichten abzielt, trachten rechte Populisten danach, bestimmte Gruppen (etwa Ausländer) auszuschließen (Priester 2012; Mudde/Rovira Kaltwasser 2013). Auch wenn in der Praxis traditionell linke und rechte Forderungen oftmals vermischt sind (Beispiel: rechte Globalisierungskritik), schlägt sich diese grundsätzliche Neigung auch in konkreten Forderungen nieder. So richtet sich linke Kritik der Tendenz nach eher gegen neoliberale Politik oder generell gegen alle Formen des Kapitalismus, rechte gegen Einwanderung und/oder die externe Bevormundung der eigenen Nation. Und selbst wenn sich rechte und linke Kritik auf denselben Gegner einschließen, dann sind die der Kritik zugrunde liegenden Motive doch oftmals unterschiedlich. Euroskepsis ist ein gutes Beispiel hierfür (vgl. Mudde 2016b). So haben sich rechts- und linkradikale Parteien extrem kritisch gegenüber der Europäischen Union (EU) bzw. anderen EU-Staaten geäußert (im Falle von Syriza vor allem gegenüber Deutschland; Mudde 2016b: Kap. 10). Während rechtsradikale Parteien wie der Front National jedoch die EU vor allem deswegen kritisieren, weil sie ihr nationale Interessen zum Opfer fallen sehen, kritisieren linksradikale Parteien wie die griechische Syriza die EU eher aufgrund ihrer neoliberalen Sparpolitik, nicht die Idee internationaler Integration als solche. In einem Fall geht es darum, wieviel Einfluss die EU haben soll (möglichst keinen), im anderen darum, welche inhaltliche Politik angemessen ist (keine «neoliberale») (vgl. Fraunberger 2016). Nur wenn man vermeintliche linke und rechte «Populisten» in einen Topf schmeißt, kann man also zu dem Schluss kommen, dass eine Partei wie Syriza, die die Überwindung von Nationalismen zugunsten einer vertieften Europäischen Union propagiert, als Gefahr für Europa gesehen wird (Stavrakakis 2015; Stavrakakis/Katsambekis 2014). Davon unbelassen bleibt jeder/m selbst überlassen ob sie/er *politisch* die Kritik am Neoliberalismus (und/oder der EU) teilt oder nicht, aber aus *analytischer* Sicht ergibt es Sinn, hier zu unterscheiden.

Zweitens verbirgt der Populismusbegriff oftmals ebenso die Radikalität bzw. den Grad der Intensität der vertretenen Positionen (vgl. aber Hawkins 2009). Grundsätzlich kann zwischen gemäßigten, radikalen und extremistischen Positionen unterschieden werden (Decker 2016), wobei für die Unterscheidung insbesondere zwischen Radikalismus und Extremismus entscheidend ist, inwieweit eine Bewegung sich durch eine Oppositionshaltung zu den «Normen und Regeln einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaats» (Pfahl-Taugber 2013: 31) auszeichnet. Das, was gemeinhin als Populismus bezeichnet wird, umfasst allerdings das gesamte Spektrum. Hier zu unterscheiden ist nun gerade der zentrale Punkt: Denn ob eine Partei aus liberal-demokratischer Sicht nicht unproblematisch oder gar eine Gefahr für die Demokratie darstellt, hängt davon ab, ob sie gemäßigt, radikal oder extremistisch ist. Die Verwendung des Begriffs Populismus für alle drei trägt also allenfalls zu mehr Verwirrung bei. Auch Müllers Ansatz bietet hier nur scheinbar eine Lösung. Zwar stellt Müller Antipluralismus als zentrales Merkmal des Populismus heraus, was demokratietheoretisch nicht unproblematisch ist. Auf der anderen Seite argumentiert Müller jedoch, Antipluralismus bedeute nicht gleich Autokratie, ein essentialistischer Volksbegriff nicht gleich Nationalismus: «Ja, man kann sogar mit liberalen Werten wie Freiheit und Toleranz populistische Politik betreiben», so Müller (2016e: 27). Was, so ließe sich dagegen fragen, bedeutet denn die Unterdrückung jeglicher pluraler Demokratie, wenn nicht Autokratie oder sogar Diktatur und damit gerade das Gegenteil von Freiheit und Toleranz, deren Prämissen ja Pluralität und Wahlmöglichkeit sind. Müller bleibt hier unspezifisch, wenn er folgert, dass Populisten «keine Nationalisten oder gar ethnische Chauvinisten oder Rassisten sein» müssen (Müller 2016e: 52). Damit liefert uns auch Müllers Definition nicht ausreichend präzise Kriterien, um zwischen Gemäßigten und Extremist/innen zu unterscheiden.

Drittens erlaubt der Begriff es nicht, zwischen legitimen demokratischen Bestrebungen und illegitimer demagogischer Manipulation zu unterscheiden. Nimmt man die oben genannten Schwierigkeiten nämlich zusammen, so kann es kaum wundern, wenn Paul Taggart und Cristóbal Rovira Kaltwasser zu dem Schluss kommen, dass Populismus zwar oftmals als «demokratische Bedrohung» wirke, allerdings bisweilen ebenso als «demokratisches Korrektiv» (Taggart/Kaltwasser 2016: 346). Diese Unschärfe vergrößert sich noch, wenn man von der Theorie wissenschaftlicher Analyse zur praktischen Frage kommt, wie mit dem Phänomen umzugehen ist. Noch dazu verstellt der Populismusbegriff den Blick darauf, wie mit den verschiedenen «Populismen» zugrundeliegenden Problemen umzugehen ist. Sind Wähler/innen vermeintlich populistischer Parteien z.B. eher ökonomisch oder gesellschaftspolitisch motiviert? Genau diese Frage wird in Bezug auf Trump diskutiert, und sie stellt sich ähnlich in Bezug auf andere rechtsradikale Parteien, wie etwa die AfD. Je nach Lesart wird allerdings unter Umständen die falsche Lösung angeboten. Xenophobie beispielsweise lässt sich nicht per se mit einer Hartz-IV-Erhöhung bekämpfen, da sie sowohl ökonomisch (Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz oder eine als ungerecht empfundene Mittelverteilung) oder kulturell bedingt sein kann (Angst vor unbekanntem kulturellen und/oder religiösen Einflüssen).

Ein viertes Problem in Bezug auf Müller besteht schließlich darin, dass er die Verbindung zu Teilen der Populismusliteratur kappt. Als Ausgangspunkt seiner Analyse fungiert stattdessen das derzeitige Verständnis im öffentlich-medialen Diskurs. So distanziert sich Müller von wichtigen Strängen der angloamerikanischen Populismusforschung. Ursprünge des Populismusbegriffs liegen nämlich in der relativ simultanen Entstehung der russischen *Narodniki* und der amerikanischen *People's Party* am Ende des 19. Jahrhunderts. Bei allen Unterschieden[18] ging es sowohl *Narodniki* als auch der *People's Party* in erster Linie darum, vor allem die Landbevölkerung zu mobilisieren und für ihre Belange einzustehen, nicht darum, die eigenen politischen Forderungen als den wahren Willen des Volkes zu verkaufen. Das ist auch der Grund, wieso Europäer/innen, wie Müller sagt, «in den USA auf erstaunte, wenn nicht gar empörte Gesichter» treffen, wenn sie Populismus als gefährlich brandmarken (Müller 2016e: 28), eben weil beim Populismus dort jede(r) an genuin demokratische Bewegungen denkt. Genau diese Bewegungen klammert Müller (2016e: 28) indes als im Grunde «gar nicht populistisch» aus, eben weil sie nicht antipluralistisch sind. Wo also Populismus ursprünglich als etwas genuin Demokratisches positiv besetzt war, ist der Begriff bei Müller als antidemokratisch negativ besetzt. Das hängt damit zusammen, dass Müller, anstatt an die ursprüngliche Begriffsgeschichte des Populismus anzuknüpfen, wie andere Populismusforscher/innen es durchaus tun (Laclau 2007; Stavrakakis/Katsambekis 2014), die in den Massenmedien und der jüngeren Literatur vorherrschenden negativ besetzten Populismusbegriff als Ausgangspunkt für seine wissenschaftlichen Überlegungen nimmt. Zwar kann Müller damit direkt an mediale Diskurse und Teile der Fachliteratur anknüpfen, trennt damit allerdings gleichzeitig die Verbindungslinie zu einem anderen, sehr fruchtbaren Teil der Populismusforschung zugunsten eines Populismusbegriffs, der, wie wir zu zeigen versucht haben, mit theoretischen und praktischen Problemen behaftet bleibt.

Will man diese Probleme vermeiden, ist es unabdingbar, den Populismusbegriff neu zu justieren.[19] Dies erscheint umso mehr gerechtfertigt, als dass man in der Fachliteratur auf erstaunlich positive Konnotationen des Begriffs stößt, die sich aber kaum mit Müllers sehr negativer Repräsentation vereinbaren lassen. Einige politische Bewegungen, die nach Müllers Verständnis gerade *keine* Populisten waren, können bei einem erweiterten Blick in die sozialwissenschaftliche Forschungsliteratur nämlich sehr wohl als solche verstanden werden – allerdings nur dann, wenn man Populismus nicht als der Tendenz nach antidemokratisch, sondern als genuin demokratisch versteht.

- 18** Die *Narodniki*, selbst städtische Intellektuelle, wollten u.a. durch Bildung der Landbevölkerung eine soziale Revolution in Gang setzen, an deren Ende ein sozialistisches Regierungssystem steht (Pedler 1927). Die *People's Party* dagegen war eine Massenbewegung der ländlichen Bevölkerung in Reaktion auf die Umwälzungen der Industrialisierung (Goodwyn 1978; Mudde/Kaltwasser 2015).
- 19** Dies tun wir nicht notwendigerweise mit dem Anspruch, den Begriff für eine linke, emanzipatorische Bewegung zurückzuerobern. Es könnte sich sogar zeigen, dass der Begriff inzwischen dermaßen diskreditiert ist, dass er analytisch kaum noch zu gebrauchen ist. Das Ziel ist es daher vielmehr, ihn in die breitere Forschung einzubetten und damit nicht allein zur Etikettierung rechter Chauvinisten zu nutzen, um diese damit quasi politisch zu neutralisieren.

Auf der anderen Seite lässt sich durch eine derartige Neujustierung des Begriffs der von vielen Massenmedien mitgetragenen Verschleierung von Nationalismus, völkischem Rassismus und autokratischer Politik entgegenreten. Politiker wie Orbán, Duterte oder Trump werden dann nicht weiter mit dem Label «Populismus» beschrieben, sondern als das, was sie wirklich sind: xenophobe Demagogen mit Einschlägen von Selbstverherrlichung, Frauen- und Homosexuellen-Verachtung und einem in sich oft widersprüchlichen und kontrafaktischen politischen Programm. Um es deutlich zu sagen: Wir teilen Müllers Sorge vor den Phänomenen, die er zurecht als antidemokratisch beschreibt. Intrinsisch halten wir seinen Populismusbegriff, der auch von weiten Teilen der Medien benutzt wird, jedoch für widersprüchlich; extrinsisch – d.h. begriffsgeschichtlich und sozialwissenschaftlich – lassen sich völlig andere Definitionen finden, die zu einer Präzisierung des Begriffs jenseits der Debatte um Autokratie und Nationalismus beitragen könnten und uns helfen, Donald Trumps Politik besser einzuordnen. Dieser Diskussion wenden wir uns im Folgenden zu.

2.2 Für einen anderen Populismusbegriff

Populismus kann aus der Perspektive wichtiger Teile der sozialwissenschaftlichen Forschung nur darin bestehen, der Heterogenität eines Volkes (des *populus*) Herr zu werden. Die Repräsentation der *volonté générale*, wie sie beispielsweise Cas Mudde (2016b: 68; auch 2015; 2016a) als Definitionskriterium zugrunde legt, muss dabei als zentral gelten. In weiten Teilen dieser Forschung, die allerdings in der breiteren Öffentlichkeit kaum präsent ist, steht die notwendige Heterogenität eines jeden Volkes im Mittelpunkt. Ein Volk ist nicht einfach da, sondern wird sozial konstruiert. Blickt man auf klassische Werke zum Volksbegriff, etwa Margaret Canovans (1981) viel beachtete Monographie *Populism*, so wird klar, dass ein «Volk» grundsätzlich durch verschiedenartige, an sich unverbundene Elemente gekennzeichnet ist, deren gemeinsamer Nenner immer nur temporäres Ergebnis kontinuierlicher Aushandlungsprozesse ist.^[20] Im Sinne von Benedict Anderson (2016) kann es sich also beim Volk um nichts anderes handeln als um eine «imagined community», die niemals durch einen notwendigen, rassischen oder ethnischen Kern bestimmt werden kann. Insofern, führt Canovan (2005) aus, kann es bei jeglicher Form des Populismus nicht darum gehen, das Volk über ein essentielles Wesensmerkmal zu definieren, sondern der notwendigen Heterogenität der Menge mit demokratischen Mitteln Herr/in zu werden.

In der Tat finden sich in der Fachliteratur auch zahlreiche Beiträge, die Populismus explizit als ein aus demokratietheoretischer Sicht positives oder zumindest neutrales Phänomen verstehen. Ebenso wie Studien zum sogenannten «Rechtspopulismus» betonen diese Analysen eine Zweispaltung der Gesellschaft (Laclau 2007; Oliver/Rahn 2016). Das Volk nimmt auch hier spezifische Gestalt durch den Ausschluss eines «Anderen» an. Wo jedoch bei der AfD, Trump und dem Front National vermeintlich nicht zum wahren Volk gehörende Elemente ausgeschlossen werden (die «Elite», Ausländer/innen, Menschen mit einem anderen

20 Das sagt Müller (2016e) allerdings auch, wenn auch bezogen auf die *volonté générale*.

Glauben, Homosexuelle), verläuft die Grenze hier zwischen unerfüllten demokratischen Forderungen und einer Regierung, die diese Forderungen unterdrückt. Allgemein wird eine «Repräsentationslücke» zwischen der politischen Elite und den Forderungen der Wählerschaft angenommen (Oliver/Rahn 2016: 194; Mény/Surel 2002). Vorgegebenes Ziel populistischer Projekte ist es dann, dem Volk seinen angestammten Platz als Souverän zurück zu geben und damit Demokratie gerade nicht in Frage zu stellen. Oberflächlich mag das dem «Rechtspopulismus» ähnlich klingen, hat hier jedoch weder etwas mit einem rassistisch-biologischen Verständnis von Volk zu tun, noch ist dieser Anspruch antipluralistisch oder antidemokratisch. Im Gegenteil: Durch die Zusammenführung heterogener Bevölkerungsgruppen entsteht so etwas wie ein stärkerer demokratischer Impetus, der in dem hier immer wieder genannten «Rechtspopulismus» unsichtbar bleibt. Wie Laura Grattan (2016) in ihrem wegweisenden Buch mit dem Titel *Populism's Power* argumentiert, zeichnet sich Populismus in erster Linie durch Pluralismus und ein Streben nach *mehr* Demokratie aus: «Aspirational democratic populisms cultivate people's rebellious aspirations not only to share in power, but to do so in pluralistic, egalitarian ways across established horizons that restrict democracy. [...] [P]opulist politics can play a crucial role in democratizing power and politics today» (Grattan 2016: 10, 11).

Was diesen Populismusbegriff von Müllers und anderen landläufigen Definitionen unterscheidet, ist ein genuin pluralistischer und auf Vielfalt gegründeter Volksbegriff, der gerade die Kontingenz und politische Konstitution des Sozialen zum Ausgangspunkt nimmt. Er findet seinen historischen Ausgangspunkt in den emanzipatorischen Bewegungen seit der Französischen Revolution und lässt sich gut an der Beschreibung der amerikanischen Agrarbewegung im ausgehenden 19. Jahrhundert festmachen: «The movement mobilized farmers and workers across the nation. Those who joined the movement were largely poverty stricken and indebted; their leaders demanded sweeping reforms, including government regulation of businesses, subsidies for farmers, a minimum wage for workers, and a more open and equitable electoral process. Populists targeted points of exploitation» (Ali 2010: 3).

Populismus kann sich dabei durchaus gegen eine undemokratische, korrupte Elite richten; er entfaltet dadurch aber gerade sein demokratisches Potenzial. In der Tat nimmt das Volk nur in Abgrenzung zu einer nicht responsiven Elite Gestalt an. Wir gehen also auch davon aus, dass die Konstruktion eines Volkes immer und notwendigerweise den Bezug auf ein ausgeschlossenes «Anderes» braucht. Wird dieses «Andere» jedoch rassistisch, ethnisch oder entlang von Staatsangehörigkeit begründet, so ist es zielführender, von Nationalismus oder Rassismus zu sprechen. Wird das «Andere» in einer korrupten und mitunter autokratischen Elite gesehen, haben wir es mit Populismus zu tun.

Schließlich endet Populismus nicht in der Wahl einer Regierung, die das Volk auf einen einzigen Willen reduziert, sondern die mannigfaltigen Forderungen der «Menge» am besten integriert. Ausgehend von der Annahme der Unmöglichkeit einer harmonischen, natürlichen sozialen Gemeinschaft kann eine (temporäre) soziale Ordnung nur durch genuin politische Logiken erzeugt werden (Laclau/Mouffe 1985: Kap. 3). Dieses Argument ist wichtig, um die nicht-notwendige, die kontingente und niemals vollends entschiedene Substanz von

Gemeinschaft als Voraussetzung für eine emanzipative Form von Populismus sichtbar zu machen. Der in der Populismus-Debatte so häufig missbrauchte Begriff der Identität wird so zu einem «name of what we *desire* but can never *fully* attain” (Stavrakakis 2005: 70, Hervorhebung im Original). Nur in der utopischen, von Politikern wie Marine Le Pen oder Viktor Orbán beschriebenen Situation, dass ein Volk von jeglicher inneren Differenz entleert wird, kann vollkommene Homogenität erreicht werden. Identitäten mögen erscheinen, als seien sie «natürlich gegeben», als hätten sie nur eine mögliche Bedeutung, doch ist dies ein Trugschluss. Sie sind immer nur als Ergebnis politischer Beziehungen zu denken und jederzeit veränderbar (Laclau 1990: 90-91).

Eine ethische Perspektive gewinnt dieser Ansatz durch das Ersetzen von Essentialismus und Notwendigkeit mit radikaler Kontingenz. Antipluralismus und Nationalismus werden in dieser Definition durch die politische Konstitution des Sozialen ersetzt. Man könnte diese Definition von Populismus daher auch radikaldemokratisch nennen. Während die eingangs zitierten politischen Bewegungen dazu neigen, das Volk in «gut» und «böse» zu spalten und einen zumindest nationalistischen Volksbegriff zugrunde legen, zeigt sich die hier skizzierte Form des Populismus als explizit pluralistisch.

3 Trump als Anti-Populist

Legen wir die soeben skizzierte Definition zugrunde, kann Trump nicht als Populist bezeichnet werden. Man könnte ihn sogar als «Anti-Populisten» bezeichnen, da er viele emanzipatorische und damit genuin populistische Projekte geradezu torpediert – auch wenn seine Rhetorik mitunter in eine andere Richtung weist. In seinem Wahlkampf wurden vielmehr folgende Tendenzen offenbar, deren Zusammenfassung unter dem Adjektiv «populistisch» keiner Theorie gerecht wird: Misogynie, Homophobie, Xenophobie, Antipluralismus, Aufruf zur Gewalt, Elitismus und Demokratiefeindlichkeit, schließlich Isolationismus und ein von Pejorationen durchsetzter diplomatischer Jargon. Wir fassen diese politischen Inhalte folgend anhand der drei Begriffe Chauvinismus, Antipluralismus und Unilateralismus zusammen. Diese Tendenzen gilt es unserer Ansicht nach klar zu benennen, statt sie hinter dem unklaren und aus unserer Sicht unpassenden Begriff des Populismus zu verstecken.

3.1 Chauvinismus

«And when you're a star, they [women] let you do it. You can do anything. [...] Grab 'em by the pussy. You can do anything.»

Trump 2005 in einer versehentlich aufgezeichneten Unterhaltung mit Moderator Billy Bush (Fahrenheit 2016)

Typisch für den Wahlkampf von Donald Trump war zunächst die Tendenz, Grenzen des akzeptablen politischen Diskurses nicht nur auszuloten, sondern zu durchbrechen. Hier sind vor allem rassistische, frauenfeindliche und homophobe Äußerungen zu nennen, die wir vereinfachend unter dem Stichwort Chauvinismus zusammenfassen. Beispiele lassen sich zahllos anführen und müssen an dieser Stelle nicht umfassend wiederholt werden. Einige Illustrationen mögen genügen.

«Nobody has more respect for women than I do. Nobody.»

Trump im Oktober 2016 zu Vorwürfen der Frauenfeindlichkeit (Visser 2016)

Zunächst haben Trumps frauenfeindliche Äußerungen Aufmerksamkeit erregt. So wurde im Wahlkampf häufig darauf hingewiesen, dass Trump 2008 die Scharia verherrlichte, da diese es Männern erlaube, sich ohne Genehmigung der Ehefrau scheiden zu lassen. «Die Fakten sind: Keine Gerichte, keine Richter – Saudi Arabien hört sich nach einem guten Ort für Scheidungen an», so Trump in seinem täglichen Radiobeitrag *Trumped* (Bult 2016). Angesichts solcher Aussagen richtete der britische *Telegraph* im Wahlkampf einen *Sexism*

Tracker für Trump ein (The Telegraph 2016), und die *Huffington Post* sammelte «18 Real Things Donald Trump Has Actually Said About Women» (The Huffington Post 2016). Einige Aufmerksamkeit erregten zudem Äußerungen Trumps aus dem Jahr 2005, in denen er sexuelle Übergriffe trivialisierte. Ebenso war Trumps Wahlkampf durch offen immigrati-
onsfeindliche und teilweise rassistische Kommentare geprägt. Ein Beispiel ist seine berüch-
tigte Äußerung, Mexiko «schicke» hauptsächlich Kriminelle über die Grenze zu den USA
(dazu Edelman 2016). Erstens legt das eine Verschwörung der mexikanischen Regierung
nahe, zweitens assoziiert es Mexikaner/innen pauschal mit Verbrechen. Die Ergänzung,
«manche» seien vermutlich «gute Menschen» verstärkt hier nur die generelle Suggestion,
dass die Mehrheit der Mexikaner/innen in den USA Verbrecher/innen sind.

*«When Mexico sends its people, they're not sending their best. [...] They're
sending people that have lots of problems, and they're bringing those problems
with [them]. They're bringing drugs. They're bringing crime. They're rapists. And
some, I assume, are good people.»*

Trump auf einer Wahlkampfveranstaltung im Juni 2015 (Ye Hee Lee 2015)

Bemerkenswert ist hierbei, dass Trumps Unterstützung infolge einer beleidigenden Äuße-
rung oder einer radikalen inhaltlichen Politikforderung (oftmals in Kombination) mit
darauffolgender Kritik seitens der Medien oder Konkurrent/innen fast ausnahmslos zu- und
nicht abgenommen hat. Zustimmung infolge von Trumps verletzenden Äußerungen kann
also auch als Ausdruck einer Zurückweisung von *political correctness* als von Eliten propa-
gierter Verhaltensstandard verstanden werden. Trumps Äußerungen sind so in erster Linie
als Angriffe auf die Werte der liberalen Eliten zu sehen, die eine gewisse Schadenfreude
auslösten.

Dieser Umstand weist auch noch einmal auf den wichtigen Aspekt der Glaubwürdigkeit hin.
Hier muss berücksichtigt werden, dass der Boden in den USA für die Auswüchse Trumps
im Wahlkampf sehr fruchtbar gewesen ist. Gerade dieser Aspekt gerät bei einer Betrach-
tung allein unter dem Blickwinkel des Populismus bisweilen in Vergessenheit, da oftmals
das in den Vordergrund rückt, was die Sozialwissenschaften gerne als «Akteurszentris-
mus» beschreiben. Es entsteht der Eindruck, als veränderten bestimmte politische Akteure
(Trump, Petry, Le Pen, Duterte etc.) im Alleingang ganze Gesellschaften. Dies ist jedoch
meist nur sehr eingeschränkt der Fall. Gesellschaften produzieren ihre eigenen Politiker/
innen, die dann geschickt schlummernde politische Ansichten ansprechen und damit Posi-
tionen besetzen, die in einer Gesellschaft eine hohe Glaubwürdigkeit genießen. So schlugen
gerade Trumps rassistische, frauenfeindliche und homophobe Äußerungen jenseits ihres
(diskurs-) grenzüberschreitenden Charakters auch inhaltlich in eine gesellschaftliche
Kerbe.

«Well, I am not a racist, in fact, I am the least racist person that you've ever encountered.»

Trump im Juni 2016 zum Vorwurf des Rassismus

Nimmt man nun mögliche Erklärungen für Trumps Sieg in den Blick, dann überwiegen in den Medien und wissenschaftlichen Beiträgen (zumeist in Blogform) zwei kontrastierende Erklärungsversuche: ein ökonomischer und ein identitätsbezogener. Dem ökonomischen Erklärungsversuch zufolge fühlen sich insbesondere weiße Arbeiter/innen und andere eher gering Verdienende abgehängt, zumal der Wirtschaftsaufschwung bei ihnen nicht ankommt (McQuarrie 2016). Laut einer Umfrage des Pew Research Centers (2016a) wollten daher 79 Prozent aller Trump-Wähler/innen eine Mauer, um mexikanische Arbeitskräfte von der Einreise in die USA abzuhalten. Vor allem in ländlichen Regionen wurde ein direkter Zusammenhang zwischen der Aussicht auf einen Arbeitsplatz und der Anzahl der Immigrant/innen gesehen: 69 Prozent aller Amerikaner/innen gaben an, es sei schwer, in ihrer Gemeinde eine Arbeit zu finden; 65 Prozent führen diese Situation auf die hohe Anzahl an Ausländer/innen zurück (Pew Research Center 2016b).

Dieser Bevölkerungsgruppe allein ein ökonomisches Kalkül zu unterstellen, wäre indes zu simpel. Eine identitätsbezogene Erklärung hebt eher darauf ab, dass insbesondere konservative Weiße mit geringem Bildungsstand das Gefühl haben, auf dem absteigenden Ast zu sein. Schon beim Aufstieg der sogenannten *Tea Party* 2010 spielten Fragen der Identität eine zentrale Rolle. Anhänger der *Tea Party* waren größtenteils nicht mobilisiert durch ihre eigene finanzielle Situation. Vielmehr wandten sich ihre Forderungen gegen Sozialleistungen – polemisch als «government handouts» bezeichnet (Williamson et al. 2011: 26) – für bestimmte Gruppen, denen sie nach Meinung der *Tea Party* nicht zustünden. Der interessante Punkt hierbei ist, dass die Entscheidung, wer Sozialleistungen (nicht) verdient, stark beeinflusst war von demografischen Veränderungen in der amerikanischen Gesellschaft, vor allem dem relativ abnehmenden Anteil nicht-hispanischer Weißer an der Gesamtbevölkerung (Williamson/Skocpol/Coggin 2011). Ähnlich hat Eric Kaufman (2016) jüngst in einem Blogbeitrag argumentiert, dass die zentrale Rolle, die Einwanderung in Trumps Wahlkampf gespielt hat, nichts mit der ökonomischen Situation der Anhänger Trumps zu tun hat, sondern mit Identitätsfragen. Für die extrem kritische Haltung vieler Amerikaner/innen zur Einwanderung spiele vor allem eine Rolle, dass weiße, nicht-hispanische Amerikaner/innen das Gefühl haben, zu einer Minderheit zu werden, und sich dadurch bedroht fühlen – jedoch nicht primär ökonomisch, sondern in (Teilen) ihrer Identität.[21] Zwar machen nicht-hispanische Weiße zwar nach wie vor mit knapp 62 Prozent die Mehrheit in den USA aus, aber ihr Anteil schwindet relativ. 1960 waren die USA zu etwa 90 Prozent

21 In der Tat glaubten im Jahr 2000 fast die Hälfte aller Amerikaner (fälschlich), dass Weiße tatsächlich schon in der Minderheit seien (Alba et al. 2005).

weiß, heute sind sie es zu 63 Prozent, und die demografische Entwicklung geht weiter diese Richtung (Bartels 2016; Kaufmann 2016).

«I'd like to punch him in the face, I tell ya.»

Trump über einen Demonstranten auf einer seiner Wahlkampfveranstaltungen im Februar 2016 (Miller 2016)

Die identitätspolitische Dimension dieser Entwicklung liegt dabei auf der Hand: Innen- wie Außenpolitik wird heutzutage als der kontinuierliche Versuch von Regierungen gesehen, als wichtigster Repräsentant des Staates Identität herzustellen und soziale Ordnung zu garantieren. Gelingt dies nicht, entfaltet sich Identitätspolitik auf mannigfaltigen Ebenen. Nun kommt in vielen Gesellschaften zum Tragen, was die soziologische und politiktheoretische Identitätsforschung seit Jahrzehnten gebetsmühlenartig verkündet: So etwas wie vollkommene Identität kann es nicht geben. Individuelle wie gesellschaftliche Subjektivität gründen sich auf permanentem Streben nach Identität und Zugehörigkeit. Identität bleibt dabei unvermeidlich partiell und relational. Sie kann nur durch Differenzkonstruktionen hergestellt werden, indem eine Trennlinie zwischen zwei Punkten, einem Äußeren und einem Inneren, hergestellt wird. Sie erhält ihre Bedeutung durch differenzielle und oppositionelle Beziehungsmuster. Da innere Homogenität niemals erreicht werden kann, muss man sich von vielerlei potenziellen äußeren Gruppen abgrenzen, die vermeintlich «nicht dazu gehören».

Trumps traditionell maskulines Auftreten – selbstsicher, unnachgiebig, laut, eher beleidigend als zurückhaltend – liefert in Kombination mit einer deutlichen Einteilung der Welt in «wir» (echte Amerikaner/innen) und «die» (u.a. Mexikaner/innen, Muslime) vermeintlich klare Orientierung gerade in solchen Zeiten, in denen traditionelle Lebensmodelle durch Beschleunigung und das «postmoderne Gerede» von Multikulturalismus, Homoehe und Gendergerechtigkeit unter Druck geraten.[22] Der Gender-Aspekt wird hier im Vergleich mit Deutschland noch einmal dadurch verstärkt, dass im amerikanischen politischen Diskurs traditionell maskuline Eigenschaften noch zu einem wesentlich stärkeren Grad gefordert werden als beispielsweise in Deutschland (vgl. etwa Nagel 1998; Poloni-Staudinger/Ortbals 2014). Die Betonung traditioneller Maskulinität in Trumps Wahlkampf ist überdeutlich. So hat Trump fast systematisch die Männlichkeit seiner Konkurrent/innen oder Kritiker/innen in Zweifel gezogen, indem er sie als «weak» (z.B. Hillary Clinton, Paul Ryan, Marco Rubio, Jeb Bush) beschimpft hat (Trump 2016b; 2016e; 2016f; 2016c). Gleichzeitig hat er sich selbst als starke und entschlossene Führungspersönlichkeit positioniert, als jemand, der nicht davor zurückschreckt, auch Dinge zu sagen, die unangenehm

22 Zum Begriff «Beschleunigung»: Rosa 2005; zur Postmoderne: Nabers 2015, zu Gender: Bourdieu 2001 und Butler 1990.

oder «politisch inkorrekt» sind. Diese Botschaft stand im Einklang mit dem, was zumindest Teile der Bevölkerung vermissten. Ein Tweet eines Trump-Anhänger (weitergeleitet von Trump) bringt das auf den Punkt: «[...] Now you need not wonder why we are attracted to a strong leader like @realDonaldTrump. The rest don't cut it. ALL WIMPS!!» (Trump 2016d).

Auch hier ist abschließend zu betonen, dass Trump als gesellschaftliches und nicht individuelles Phänomen zu betrachten ist. Der Boden für seine Auswüchse war längst bereitet; ein epideiktischer Diskurs hatte sich nach dem 11. September in voller Härte entwickelt und die Welt in gut versus böse, zivilisiert versus barbarisch, stark versus schwach eingeteilt. Konstruktionen wie diese sind Inhalt des seit den 1990er Jahren schwelenden Diskurses über einen möglichen «Kampf der Kulturen» (Huntington 1997; Salter 2002). Sie werden durch die binäre Struktur von Sprache wirkungsmächtig – ein Umstand, der im Kontext der Trumpschen Kampagne in beispielloser Weise zum Tragen kam und direkt zur Homogenisierung einer in sich tief gespaltenen Nation beitragen sollte. Homogenisierung widerspricht indes genauso wie der im Folgenden analysierte Aspekt des Antipluralismus dem oben skizzierten Begriff von Populismus.

3.2 Antipluralismus

Was sich bei Trump neben einem aggressiven Chauvinismus ebenso deutlich findet, ist die bereits angedeutete antipluralistische Einstellung, die sich in dem Anspruch manifestiert, allein den Willen des Volkes zu kennen und zu vertreten.[23] Damit einher geht die Behauptung, dass alle Kritik daran, dass man den wahren Volkswillen repräsentiert, gelogen sein muss. Eine mögliche Wahlniederlage könnte also nur mit Fehlerhaftigkeit oder Manipulation erklärt werden – schließlich wusste man das wahre Volk ja auf der eigenen Seite. So hat Trump während des Wahlkampfes wiederholt behauptet, das System sei zugunsten von Clinton «manipuliert» (*rigged*), vor allem von angeblich parteiischen Medien (etwa Trump 2016a; 2016h). Dementsprechend hat es Trumps Wahlkampf auch nicht oder nur sehr geringfügig geschadet, dass er erwiesenermaßen fast permanent log. Tatsächlich zeigt eine Überprüfung seiner Aussagen durch die von der *Tampa Bay Times* betriebene Factchecking-Website Politifact, dass 70 Prozent seiner Aussagen «überwiegend» (*mostly false*) bis «haarsträubend falsch» (*pants on fire*) waren (PolitiFact 2016). Dass ihm das nicht geschadet hat, mag zu einem großen Teil damit zu tun haben, dass Trump selbst jegliche Fakten als gefälscht dargestellt hat, einschließlich seiner eigenen frauenfeindlichen und rassistischen Äußerungen.

Bei all seinen Lügen und seiner Hetze gegen das Establishment ist zu berücksichtigen, dass wohl kaum ein/e US-Bürger/in in den vergangenen Jahrzehnten dermaßen vom «System»

23 Er entspricht damit Müllers Begriff von Populismus, der sich aus unserer Perspektive aber nicht eignet, um solche antipluralistischen Ansprüche zu beschreiben.

profitiert hat und sich anschickt, dieses «System» als Präsident nun weiter zur Durchsetzung seiner Interessen zu nutzen. Aus dieser Perspektive erscheint es sogar schwierig, Trump als Populisten nach Müllers Definition zu kategorisieren. So werden nach Berechnungen der New Yorker Professorin Lily Batchelder die reichsten ein Prozent der amerikanischen Bevölkerung rund 47 Prozent der von Trump geplanten Steuervergünstigungen einfahren, während mindestens 8,5 Mio. Familien mit mittleren und unteren Einkünften mit Steuererhöhungen zu rechnen haben (Batchelder 2016). Trump bedient die Wirtschaftselite, deren Teil er ist. In Trumps Demokratieverständnis geht es folglich gerade nicht um Differenzen mit dem System oder einer wie auch immer zu definierenden «Elite», sondern um den Zugang zu den Schaltern der Macht, der die Ungleichheit in den USA weiter vergrößern wird. Antipluralismus heißt damit auch die Reduktion der Zugangsmöglichkeiten zum «System» für solche Menschen, die nicht der Plutokratie angehören. Wer anders kann in einem kapitalistischen System über Schalter der «business power» (dazu Fuchs 2007) zur Elite gehören, als ein politisch tätiger Multimilliardär?

«I will look at it at the time. [...] I will keep you in suspense.»

Trumps Antwort auf die Frage, ob er die Wahl akzeptieren würde, wenn Clinton gewinnt (Collinson 2016)

Ein gutes Beispiel für Trumps antipluralistische (und damit in unseren Augen antipopulistische) Haltung sind ferner seine Äußerungen zur möglichen Unterstützung eines anderen republikanischen Kandidaten im Falle seiner Niederlage bei den Vorwahlen. Während des Wahlkampfs vor dem republikanischen Parteitag hatte Trump sich nur zögerlich bereit erklärt, einen anderen Kandidaten zu unterstützen, falls er selbst nicht gewählt werde, und sogar in Erwägung gezogen, dann als Unabhängiger zu kandidieren. Ebenso hatte er sich später geweigert, eine verbindliche Aussage dazu zu treffen, ob er die Wahl im Falle eines Siegs von Clinton akzeptieren würde. Etwas später präziserte er diese Äußerung dann insofern, als dass er klar stellte, er würde die Wahl akzeptieren, wenn er sie denn gewönne. Trump schien jederzeit bereit, die Stabilität des demokratischen Systems seinem eigenen Erfolg unterzuordnen. Wie die *New York Times* argumentiert, stellte Trump dabei wiederholt die Qualität der amerikanischen Demokratie in ihrer Substanz in Frage. So behauptete der republikanische Kandidat fälschlicherweise, «Millionen registrierter Wähler» hätten kein Recht zu wählen (The New York Times 2016a). Problematisch ist dabei auch Trumps Umgang mit Gewalt im Wahlkampf. So hat er wiederholt zur Gewaltanwendung zumindest indirekt ermutigt, etwa indem er selbst erklärte, er würde Demonstranten gerne mit der Faust ins Gesicht schlagen (Miller 2016). Demokratien beruhen für ihr Funktionieren allerdings darauf, dass Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Wird dies infrage gestellt, so erodiert ein Grundpfeiler des demokratischen Regierungssystems.

«I will totally accept the results of this great and historic presidential election – if I win.»

Trump auf einer Wahlkampfveranstaltung im Oktober 2016 (Diamond 2016)

Bei Trump tauchen zudem Argumente auf, die in der Forschung gemeinhin dem extremen Spektrum von Einstellungen zugeschlagen werden. Wenn Trump immer wieder betont, Wahlen seien manipuliert, er eine potenzielle Wahlniederlage nicht akzeptieren würde und zumindest indirekt zu Gewalt aufruft, dann bewegt er sich außerhalb der Werte liberaler Gesellschaften und stellt diese direkt infrage. In deutschen Medien wurde daher bereits spekuliert, Trump könne nach dem Beispiel Erdoğan's das Recht auf Pressefreiheit einschränken, indem er den Verleumdungsbegriff neu definiert und den Begriff des «Geheimnisverrats durch Journalisten» auf die Tagesordnung setzt (Bittner 2016). Ähnlich problematisch aus liberal-demokratischer Sicht sind seine Aussagen zum Umgang mit dem Terrorrisiko. So hatte Trump schon im Wahlkampf nicht nur ein Einreiseverbot für alle Muslime gefordert, sondern auch, Terrorverdächtige zu foltern und ihre Familienmitglieder zu töten (IISS 2015).

Ähnlich wie bei Orbán in Ungarn und Kaczyński in Polen sind nicht die für Populismus typische Berufung auf das Volk oder eine dezidierte Elitenkritik das Problem bei Trump, sondern erstens sein antipluralistischer Anspruch, einzig und allein zu wissen, was das Volk wirklich will; zweitens eine damit verbundene Intoleranz für abweichende Meinungen und eine generelle Skepsis gegenüber demokratischen Verfahren. Dies ist insbesondere dann problematisch, wenn unter dem Vorwand der Elitenkritik Presse- und Wissenschaftsfreiheit eingeschränkt werden, wie dies, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, in Ungarn, Polen, Russland oder der Türkei der Fall ist (Lo Prete 2014; Simonyi 2014; Stanley 2016). Die Konfliktlinie verläuft hier nicht zwischen Populist/innen und Etablierten, sondern zwischen Demokrat/innen und Gegner/innen der liberalen Demokratie. Will man der autokratischen Gefahr begegnen, so ist es unabdingbar, dass man zunächst klar benennt, wer eigentlich ein Problem ist, wer nicht und warum das so ist. Linke Parteien wie Syriza mögen vielleicht Dinge versprechen, die sie nicht halten können (Fraunberger 2016), aber sie können wohl kaum als Gefahr für die Demokratie gelten (vgl. bspw. Stavrakakis/Katsembekis 2014). Ein solches Urteil wird nur nachvollziehbar, wenn man Demokratie und Liberalismus gleichsetzt, was jedoch wichtige Populismusforscher/innen als unmöglich ansehen (z.B. Arditi 2007). Dass heutige Formen der Demokratie höchst illiberal und repressiv sein können, wenn es um die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten verarmter Bevölkerungsteile etwa in den USA geht, wird dagegen niemand bestreiten können.

3.3 Unilateralismus

«We have been disrespected, mocked, and ripped off for many, many years by people that were smarter, shrewder, tougher.»

Trump im März 2016 (The New York Times 2016b)

Auch in außenpolitischen Belangen bricht Trump mit etablierten Mustern. Ähnlich wie er das amerikanische Volk als von den Eliten an der Nase herumgeführt darstellt, so portraitiert er auch die USA generell als von der Welt ausgebeutet. Die Vereinigten Staaten seien jahrelang, so Trump, von anderen «abgezockt» (ripped off) worden. Um diesen Zustand zu beenden, setzte Trump im Wahlkampf auf eine «America first»-Ideologie, nach der sämtliche internationalen Verträge, Bündnisse und Organisationen daraufhin geprüft werden müssen, ob eine Mitgliedschaft tatsächlich in erster Linie US-Interessen dient. Damit stehen nicht nur regionale Freihandelsverträge wie das Transpazifische Partnerschaftsabkommen TPP auf dem Prüfstand, sondern auch Mitgliedschaften in internationalen Organisationen wie der Welthandelsorganisation. Wirtschaftspolitisch ist Trump vor allem dadurch aufgefallen, dass er sich ausdrücklich für protektionistische Maßnahmen wie etwa Strafzölle für Einfuhren aus China ausgesprochen hat, umweltpolitisch durch seine Behauptung, Klimawandel sei ein «expensive hoax» (Trump 2014), ein teurer Scherz. Zusammengenommen legen diese Äußerungen nahe, dass internationale Kooperation mit den USA zunehmend schwieriger werden könnte. Einige Beobachter/innen sprachen daher nach dem «Brexit»-Votum im Juni 2016 vom bevorstehenden «Amerexit».[24]

«No matter who it is, we defend everybody. [...] When in doubt, come to the United States. We'll defend you. In some cases free of charge.»

Trump im März 2016 (The New York Times 2016b)

Beunruhigend für die Alliierten dürften vor allem Trumps Äußerungen zu internationalen Verteidigungsbündnissen sein. So stellt Trump etwa direkt die Bündnissolidarität innerhalb der NATO sowie gegenüber ostasiatischen Alliierten wie Südkorea oder Japan infrage (Boot 2016; Lindberg 2016). Die NATO nannte der republikanische Präsidentschaftskandidat mehrfach «obsolet». Er sei nicht bereit, «automatisch» amerikanische Soldaten zu entsenden, sollte ein NATO-Mitglied etwa von Russland angegriffen werden (De Luce/McLeary 2016). Diese Aussage kommt nicht ganz überraschend. Bereits nach dem Ende der institutionalisierten Ost-West-Konfrontation mit dem Zusammenbruch des Warschauer

24 So bspw. der ehemalige Diplomat John Kornblum (2016).

Paktes stellten viele Beobachter/innen die Frage nach der künftigen *raison d'être* des nordatlantischen Bündnisses, doch bewies die Organisation ein erstaunliches Beharrungsvermögen (ausführlich bereits Nabers 2000). Die Gründe liegen auf der Hand, wurden von Trump in seinen Aussagen zur NATO jedoch nicht erwähnt: Sicherheit und Wohlfahrt sind in der internationalen Politik immer als Funktion der Investitionskosten für kooperatives Verhalten zu sehen. Allianzen wie die NATO sind dabei in der Lage, Transaktionskosten zu reduzieren, indem sie Kommunikationskanäle öffnen und für die Verteilung relevanter Informationen sorgen. Die Struktur der NATO bot auch nach dem Ende des Warschauer Paktes ein Forum für die Diskussion politischer Probleme, Entscheidungsverfahren, militärische Planung, Organisation und Implementation. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab sie sich neue Aufgaben, darunter die Terrorismusbekämpfung, den Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Unterstützung von Demokratisierungsprozessen (Rühle 2003). Daher wurde die NATO seit den 1990er Jahren zurecht auch als «Sicherheitsgemeinschaft» bezeichnet (Risse 2003). Das grundlegende Merkmal einer Sicherheitsgemeinschaft ist die hohe Kommunalität und Spezifität der Normen, die sie zusammenhält. Dies haben auch die USA jahrzehntelang betont.

Gleichwohl ist auch in diesem Kontext bedeutsam, dass Trumps Aussagen zu internationalen Verpflichtungen und Bündnissen in den USA auf einen fruchtbaren Boden fallen. Schon unter George W. Bush gab es einige transatlantische Spannungen, die in acht Jahren Obama nur scheinbar in Vergessenheit geraten sind. Prägend war damals Donald Rumsfelds Aussage nach dem Ende der Taliban-Herrschaft in Afghanistan, Kriege könnten von «Koalitionen der Willigen» gewonnen werden, nicht von Komitees.[25] Damals wurde das als eindeutiger Angriff auf die NATO verstanden. In eine ähnliche Richtung gingen nach dem 11. September im Zuge des Angriffs auf den Irak im März 2003 deklassierende Aussagen zu den Vereinten Nationen (umfassend Nabers 2005). Es ist daher abermals zu betonen, dass die hier behandelten Themen Chauvinismus, Antipluralismus und eben auch Unilateralismus keine Phänomene darstellen, die allein an bestimmten Personen festzumachen sind. Trumps Erfolg hängt auch damit zusammen, dass viele seiner Forderungen zumindest in Teilen der US-Bevölkerung Widerhall finden. Damit liegt sein Erfolg mit in der politischen Kultur der USA begründet und hat also auch strukturelle Ursachen. Sie ist darüber hinaus in einem breiteren Diskurs über die Zukunft des «Westens» zu verstehen, erwuchs doch nach dem 11. September 2001 aus einer immer diffuseren Bedrohungsdebatte ein fundamentalistischer Diskurs,[26] der ein «Alles oder Nichts» zu seinem Prinzip erhob. Die Bedrohung bezog sich nach 9/11 nicht nur auf die USA, sondern auf viel mehr: Es war eine Bedrohung der westlichen Lebensweise, »[a] threat to the very essence of what

25 »[W]ars can be fought by coalitions of the willing, to be sure, but they can not be fought by committee“ (Rumsfeld, zit. n. Watson 2002).

26 Fundamentalismus ist in den USA nicht neu. In der Tat bezeichnet der Begriff ursprünglich eine dort an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert entstandene protestantische Protestbewegung. Erst in den letzten Jahrzehnten hat er sich als Bezeichnung für den radikalen Islamismus durchgesetzt. Vgl. Brocker 2003: 127.

you do“ (Powell 2001), »[a] threat to our way of life“ [and a] »threat to the peace of the world“ (Bush 2001a). Andere politische Systeme, andere Denkweisen, andere Definitionen von Toleranz als die «westliche» wurden implizit nicht mehr akzeptiert. »The twentieth century ended with a single surviving model of human progress,“ so der amerikanische Präsident Bush in seiner wegweisenden Rede in West Point am 1. Juni 2002, »based on non-negotiable demands of human dignity, the rule of law, limits on the power of the state, respect for woman and private property and free speech and equal justice and religious tolerance“ (Bush 2002). Bei Trump findet sich ein ähnliches Muster, in dem die Welt manichäisch in *gut* versus *böse* bzw. *zivilisiert* versus *barbarisch* eingeteilt wird.

Zu den Bösen gehören dabei aber in erster Linie die islamische Welt, Mexiko und mitunter die Volksrepublik China. Nach der Wahl Trumps versuchte der noch amtierende Präsident Obama daher, die Skepsis in Bezug auf die Zukunft der NATO einzudämmen. Im Rahmen seiner letzten Europareise im November 2016 betonte Obama mehrfach seine Zuversicht in Bezug auf das Militärbündnis, die auch sein Nachfolger als «starke und robuste» Allianz sehe.[27] Vorsichtig optimistisch stimmt demnach, dass es bei der NATO weniger um Wertefragen als um Probleme einer gerechteren Lastenverteilung geht.

Das Gleiche gilt für die wichtigen US-Bündnisse in Asien und im Pazifik, v.a. Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland. So stellte Trump zunächst in Aussicht, Stützpunkte in Südkorea und Japan zu schließen: «Wir verteidigen Japan. Wir verteidigen Deutschland. Wir verteidigen Südkorea. Wir verteidigen Saudi Arabien. Wir verteidigen Staaten. Sie bezahlen dafür nicht, was sie zahlen sollten, weil wir ihnen einen riesigen Dienst erweisen und ein Vermögen verlieren [...]. Wir können Japan nicht verteidigen,» unterstrich Trump in der ersten Fernsehdebatte mit Hillary Clinton (Mollman 2016). Was Trump in einer für ihn typischen Weise unterschlug, sind die riesigen Summen, die Japan und Südkorea über die Jahrzehnte zur Aufrechterhaltung der Stützpunkte gezahlt haben. Außerdem hat bisher jede amerikanische Regierung vor Trump unterstrichen, wie sehr die militärische Kooperation mit diesen beiden Ländern im Interesse der USA seien. Es stehen also Probleme des *burden sharing*, nicht die Wertegrundlage der jeweiligen Bündnisse in Frage. Der Friedensvertrag mit Japan von 1951 ist zurecht ein Symbol für das «San-Francisco-System», eine Sicherheitsarchitektur, die bis heute Frieden, Stabilität und wirtschaftliche Prosperität in der Region und stabile Wirtschaftsbeziehungen zu den USA garantiert. Kern dieses Sicherheitssystems ist der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag, den beide Länder unmittelbar im Anschluss an die Unterzeichnung des Friedensvertrages abschlossen und der am 8. September 2016 seinen 65. Geburtstag feierte.

Immer wieder gab es dabei kritische Stimmen, die auf den unausgewogenen Charakter des Vertragswerkes hingewiesen haben. Japan tue zu wenig für die eigene Sicherheit sowie die regionale Stabilität und übernehme im Bündnis mit den USA die Rolle eines «Trittbrettfah-

27 Siehe dazu «Obama macht europäischen NATO-Staaten Hoffnung», ZEIT online, 15. November 2016, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-11/barack-obama-donald-trump-nato-hoffnung-europareise-quantanamo> [4. Dezember 2016].

ners». Die sozialen Kosten, die durch Flugzeuflärm, Fallschirmtraining, Schießübungen mit unübersehbaren Umweltschäden, Flugzeugunfälle sowie Straftaten von amerikanischen Militärangehörigen in Japan über die Jahrzehnte entstanden sind, müssen indes als enorm bezeichnet werden. Die japanische Regierung stellt seit langem extensive Unterstützung zur Vereinfachung der bilateralen Arrangements – bekannt als «Host Nation Support» (HNS, jap. *omoiyari yosan*) – zur Verfügung. Die Kosten für Japan betragen dabei für den laufenden Fünfjahresplan (2016-2021) rund 190 Mrd. Yen jährlich (The Japan Times 2015). Die USA werden diese Unterstützung voraussichtlich auch in Zukunft gerne in Anspruch nehmen, um die eigenen sicherheitspolitischen Interessen in der Region insbesondere gegenüber China vertreten zu können. Internationale Kooperation muss demnach als ein vielschichtiges Spiel von Interessen und Identitäten gesehen werden, indem einige «moderierende Faktoren» dazu führen könnten, dass in der praktischen Außenpolitik unter Trump nicht alles so heiß gegessen wird, wie es vor seiner Inauguration gekocht wurde.

4 Fazit: Warum das Populismus-Label manchmal mehr verbirgt als erklärt

Was Trumps Außenpolitik betrifft, so besteht Anlass zu verhaltenem Optimismus, jedenfalls gemessen an viel prophezeiten «Ende des Westens». Tatsächlich besteht wenig Anlass anzunehmen, dass Trump die USA aus der NATO führen wird, sobald er sich tiefer in die Thematik eingearbeitet hat. Allerdings dürften sich internationale und transatlantische Kooperation dennoch deutlich schwieriger gestalten als unter Obama, vor allem in der Klimapolitik. Viel beunruhigender als ein Präsident Trump ist daher die Welle der Unterstützung, die ihn trotz oder aufgrund seiner rassistischen, frauenfeindlichen und antipluralistischen Äußerungen ins Weiße Haus gespült hat. Es ist in diesem Sinne, dass Trump eindeutig als Warnschuss auch für europäische Gesellschaften verstanden werden sollte, zeigen sich doch Tendenzen des Zuspruchs für Chauvinismus, Antipluralismus und Unilateralismus in vielen Gesellschaften, die in dieser Studie nur am Rande erwähnt wurden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang eine Trennung zwischen Populismus einerseits und solchen Bewegungen, die diese Etikette nicht verdienen. Begriffe wie Homogenität, Antipluralismus und Systemkritik stehen für «Trumpismus», während Heterogenität, Demokratie und legitime politische Forderungen der Masse nach unserer Definition für Populismus stehen.

Beunruhigend ist in diesem Kontext vor allem, wie wenig die US-amerikanischen Massenmedien den offensichtlichen Unwahrheiten im Wahlkampf, dem Rassismus und der Elitenkritik eines Elitären etwas entgegenzusetzen vermochten. Wenn nicht nur politische Positionen normativ umstritten sind, sondern sich die Wählerschaft nicht einmal mehr darauf einigen kann, was als Fakten gelten kann, dann kann möglichen Demagog/innen nur schwer etwas entgegengesetzt werden. Hier kann eine Lektion nur besondere Wachheit sein. Die Bedeutung davon, faktischen Unwahrheiten und illiberalen, antipluralistischen und/oder antidemokratischen Äußerungen entgegenzutreten, insbesondere in den Medien, kann kaum überschätzt werden. Das beginnt unserer Ansicht nach damit, dass man sich vom Begriff des Populismus verabschiedet, um die politischen Positionen von Akteur/innen wie Trump, Le Pen oder Petry zu bezeichnen. Wer den Begriff des Völkischen nämlich positiv besetzen will, entlarvt sich selbst als Wiedergänger derjenigen, die die Weimarer Republik in den Abgrund rissen.

Ein weiterer Punkt, der beachtenswert ist, liegt auch darin, dass Trump durch seine Forderung nach Strafzöllen für Stahlimporte aus China oder in Mexiko von US-Unternehmen produzierte Güter und eine generelle Opposition gegenüber Freihandelsabkommen wie NAFTA Argumente von Globalisierungskritiker/innen aufnimmt. Es ist gerade diese Verbindung traditionell «linker» mit traditionell «rechten» Forderungen unter dem Dach fundamentaler Establishment-Kritik, die Trump wählbar gemacht hat. Diese politisch kaum umsetzbare Kombination könnte 2017 auch für die deutsche Politik gefährlich werden. Denn auch wenn es für die Politik zwei getrennte Punkte sind, so dürfte sich den-

jenigen, die von Sozialleistungen abhängen, sofort die Frage stellen, wieso kein Geld für eine Hartz-IV-Erhöhung da ist, für Flüchtlinge aber schon. Selbst wenn man eher an eine identitätspolitische als an eine wirtschaftliche Erklärung für Trumps Erfolg glaubt (wahrscheinlich ist eine Mischung), so täte man gut daran, in Erwägung zu ziehen, inwieweit rechten Demagog/innen durch eine linke Politik das Wasser abgegraben werden kann. Die große Gefahr hierbei besteht darin, dass neue rechte Bewegungen an linke Forderungen anknüpfen können. Dass das nicht komplett von der Hand zu weisen ist, zeigt sich am Beispiel Trump, der eben nicht nur von Konservativen, sondern auch von solchen Bürger/innen gewählt wurde, die zuvor noch für Obama gestimmt hatten. Eine zentrale Frage liegt darin, wie es vermieden werden kann, dass die Investition in Flüchtlinge und in einkommensschwache Teile der deutschen Bevölkerung ein Nullsummenspiel ist, bei dem eine Seite verlieren muss.

Die (Seehofer'sche) Alternative, Forderungen der AfD zu übernehmen, kann unseres Erachtens jedenfalls nicht die Lösung sein.[28] So sieht Cas Mudde (2016), der derzeit wohl bekannteste internationale Populismusforscher, die Hauptgefahr nicht im Aufstreben rechtsextremer Parteien selbst, sondern in der Übernahme ihrer Forderungen durch etablierte Parteien. Insofern kann die Konsequenz zunehmender Unterstützung für rechte Parteien wie die AfD oder rechter Kandidaten wie Trump in den USA nicht darin liegen, in vorseilendem Gehorsam und einen vermeintlichen «Volkswillen» antizipierend die Situationsdefinition zu übernehmen. Hier hat Angela Merkel, als sie 2015 verkündete, Deutschland werde die Flüchtlingskrise schon «schaffen», zwar die logistischen Probleme massiv unterschätzt, aber grundsätzlich die richtige Richtung aufgezeigt, nämlich nicht beim ersten Anzeichen von Schwierigkeiten liberale Grundwerte zur Disposition zu stellen. Insofern ist eine wichtige Lektion auch nach Trump, den Mut nicht zu verlieren (bzw. sich zurückzuerobern), für das einzustehen, was man für richtig hält, und Politiker wie Trump als das zu bezeichnen, was sie sind – und nicht als «Populisten».

28 Wer den ungarischen Rechtsextremisten Viktor Orbán einlädt, der wohlgernekt offen die liberale Demokratie infrage stellt (Lo Prete 2014; Simonyi 2014), ist drauf und dran, liberal-demokratischen Boden zu verlassen.

Literatur

- Alba, Richard/Rumbaut, Rubén G./Marotz, Karen (2005): A Distorted Nation: Perceptions of Racial/Ethnic Group Sizes and Attitudes Toward Immigrants and Other Minorities, in: Social Forces 84: 2, 901-919.
- Ali, Omar H. (2010): In the Lion's Mouth: Black Populism in the New South, 1886-1900. Jackson: University Press of Mississippi.
- Anderson, Benedict (2016): Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London: Verso.
- Arditi, Benjamin (2007) Politics on the Edges of Liberalism: Difference, Populism, Revolution, Agitation. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Balzli, Beat/Kaman, Matthias (2016): «Wir wollen keinen Bürgerkrieg in Deutschland», in: Welt am Sonntag Online, 11. September 2016, verfügbar unter: https://www.wiso-net.de/document/WEON_146790543 (7. Dezember 2016).
- Barker, Richard A. (2002): On the nature of Leadership. Latham: University Press of America.
- Bartels, L. M. (2016): Elections in America, in: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science 667: 1, 36-49.
- Batchelder, Lily L. (2016): Families Facing Tax Increases Under Trump's Tax Plan, Urban-Brookings Tax Policy Center Research Report, 28. Oktober 2016, verfügbar unter: https://papers.ssrn.com/sol3/Data_Integrity_Notice.cfm?abid=2842802 (27. November 2016).
- Bittner, Jochen (2016) «Zieht er's durch?», in: Die Zeit, 10. November 2016.
- Bosco, Anna (2015) Midlife Crisis? Spanish Democracy at 40, in: Juncture 22: 1, 65-73.
- Bourdieu, Pierre (2001): Masculine Domination, Stanford: Stanford University Press.
- Bult, Laura (2016): Trump Praised Sharia Law in 2008 for Making Divorce Easy for Men: «Saudi Arabia Sounds Like a Very Good Place to Get a Divorce», in: New York Daily News, 1. Oktober 2016.
- Bush, George W. (2001a) «Transcript of President Bush's Address to a Joint Session of Congress on Thursday Night, September 20, 2001», in: CNN.com, verfügbar unter: <http://edition.cnn.com/2001/US/09/20/gen.bush.transcript/> (20. November 2016).
- Bush, George W. (2002) «President Bush Delivers Graduation Speech at West Point», The White House, verfügbar unter: <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html> (20. November 2002).
- Byman, Daniel L./Pollack, Kenneth M. (2001): Let Us Now Praise Great Men. Bringing the Statesman Back In, in: International Security 25: 4, 107-146.
- Canovan, Margaret (1981): Populism. Boston: Houghton Mifflin Harcourt.

- Canovan, Margaret (2005): *The People*. Cambridge: Polity Press.
- Cohen, David B./Dolan, Chris J./Rosati, Jerel A. (2002): *A Place at the Table: The Emerging Foreign Policy Roles of the White House Chief of Staff*, in: *Congress & the Presidency* 29: 2, 119.
- Cohen, David B./Hult, Karen M./Walcott, Charles E. (2012): *The Chicago Clan: The Chiefs of Staff in the Obama White House*, in: *Social Science Quarterly* 93: 5, 1101-1126.
- Collinson, Stephen (2016): *Donald Trump refuses to say whether he'll accept election results*, in: CNN.com, 20. Oktober 2016, verfügbar unter: <http://edition.cnn.com/2016/10/19/politics/presidential-debate-highlights/index.html> (30. November 2016).
- Decker, Frank (2016): *Die «Alternative für Deutschland» aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung*, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): *Die Alternative für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*, Wiesbaden: Springer VS, 7-23.
- De Luce, Dan/McLeary, Paul (2016) «Trump Is Ready to Say <You're Fired> to NATO», in: *Foreign Policy Online*, 21. Juli 2016, verfügbar unter: <http://foreign-policy.com/2016/07/21/trump-is-ready-to-say-youre-fired-to-nato/> (15. November 2016).
- Diamond, Jeremy (2016): *Donald Trump: <I will totally accept> election results <if I win>*, in: CNN.com, 20. Oktober 2016, verfügbar unter: <http://edition.cnn.com/2016/10/20/politics/donald-trump-i-will-totally-accept-election-results-if-i-win/> (30. November 2016).
- Diehl, Jackson (2016): *The Two Immediate Tests for Trump's Foreign Policy*, in: *The Washington Post Online*, verfügbar unter: https://www.washingtonpost.com/opinions/global-opinions/the-two-immediate-tests-for-trumps-foreign-policy/2016/11/13/7bd9a278-a764-11e6-8fc0-7be8f848c492_story.html (30. November 2016).
- Edelman, Adam (2016) *A look at Trump's most outrageous comments about Mexicans as he attempts damage control by visiting with country's president*, *New York Daily News*, <http://www.nydailynews.com/news/politics/trump-outrageous-comments-mexicans-article-1.2773214> (10. Januar 2017).
- Fahrentholt, David A. (2016): *Trump Recorded Having Extremely Lewd Conversation About Women in 2005* in: *The Washington Post Online*, 8. Oktober 2016, verfügbar unter: https://www.washingtonpost.com/politics/trump-recorded-having-extremely-lewd-conversation-about-women-in-2005/2016/10/07/3b-9ce776-8cb4-11e6-bf8a-3d26847eed4_story.html?utm_term=.34f847e5ea99 (7. Dezember 2016).
- Fine, Jeffrey A./Warber, Adam L. (2012): *Circumventing Adversity: Executive Orders and Divided Government*, in: *Presidential Studies Quarterly* 42: 2, 256-274.

- Fisher, Marc (2016): Donald Trump: «I am the Least Racist Person», in: The Washington Post Online, verfügbar unter: https://www.washingtonpost.com/politics/donald-trump-i-am-the-least-racist-person/2016/06/10/eac7874c-2f3a-11e6-9de3-6e6e7a14000c_story.html (7. Dezember 2016).
- Fraunberger, Richard (2016): Geier, Zinswucherer, Heuchler, in: Internationale Politik 71: 5, 32-35.
- Fuchs, Christian/Machowecz, Martin (2016): Der Mann an der Grenze, in: Die Zeit Online, 18. Februar 2016, verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2016/09/afd-bjoern-hoecke-mitschueler-entwicklung> (4. Dezember 2016).
- Fuchs, Doris (2007) Business Power in Global Governance. Boulder (Col.): Lynne Rienner Publishers.
- Gerbaudo, Paolo (2016): Leftwing Populism: A Primer, verfügbar unter: <https://medium.com/@paologerbaudo/leftwing-populism-a-primer-12d92e90c952#.e5kd3wy57> (28. November 2016).
- Gökarıksel, Banu/Smith, Sara (2016): »Making America Great Again“?: The Fascist Body Politics of Donald Trump, in: Political Geography 54, 79-81.
- Goodwyn, Lawrence (1978): The Populist Moment: A Short History of the Agrarian Revolt in America. Oxford: Oxford University Press.
- Grattan, Laura (2016): Populism's Power: Radical Grassroots Democracy in America, Oxford: Oxford University Press.
- Handelsblatt (2015): Staatsanwalt ermittelt gegen Pegida-Chef Bachmann, in: Handelsblatt Online, 2. November 2015, verfügbar unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/goebbels-vergleich-staatsanwalt-ermittelt-gegen-pegida-chef-bachmann/12533320.html> (8. Dezember 2016).
- Haverkamp, Lutz (2015): Björn Höcke und die AfD. Ein Nazivergleich, in: Der Tagesspiegel Online, 26. November 2015, verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/bjoern-hoecke-und-die-afd-ein-nazivergleich/12645220.html> (8. Dezember 2016).
- Hawkins, K. A. (2009): Is Chavez Populist? Measuring Populist Discourse in Comparative Perspective, in: Comparative Political Studies 42 (8): 1040-1067.
- Héritier, Adrienne (2016): «Rigour versus Relevance»? Methodological Discussions in Political Science, in: Politische Vierteljahresschrift 57: 1, 11-26.
- Hermann, Margaret G. (2001): How Decision Units Shape Foreign Policy: A Theoretical Framework, in: International Studies Review 3: Special Issue, 47-81.
- Hermann, Margaret G./Preston, Thomas/Korany, Baghat/Shaw, Timothy M. (2001): Who Leads Matters: The Effects of Powerful Individuals, in: International Studies Review 3: Special Issue, 83-131.
- Huntington, Samuel P. (1997): The Clash Of Civilizations and the Remaking of World Orders, New York: Penguin.
- IISS (2015): US election: Clinton versus whom?, in: Strategic Comments 21: 9-10.

- Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest (Hrsg.) (1969): Populism. Its Meanings and National Characteristics. London: Weidenfeld & Nicolson.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira/Taggart, Paul (2016): Dealing With Populists in Government: A Framework for Analysis, in: Democratization 23: 2, 201-220.
- Kaufmann, Eric (2016): Trump and Brexit: Why It's Again NOT the Economy, Stupid, Blog-Beitrag in: Trubowitz, Peter (Hrsg.): USAPP – American Politics and Policy, verfügbar unter: <http://bit.ly/2fo6My0> (16. November 2016).
- Kirshner, Orin (Hrsg.) (1996): The Bretton Woods-GATT System: Retrospect and Prospect After Fifty Years. London/New York: Routledge.
- Kornblum, John (2016): «The Amerexit», in: The American Interest 12: 1, verfügbar unter: <http://www.the-american-interest.com/2016/07/25/no-exit-from-europe/> (25. November 2016).
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): Hegemony and Socialist Strategy. London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (1990): New Reflections on the Revolution of Our Time. London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (2007): On Populist Reason, New York: Verso.
- Lindberg, Tod 2016: Taking Trump Seriously: On NATO, in: Commentary Mai 2016, 18f.
- Lo Prete, Marco Valerio (2014): Is Viktor Orbán Right That Liberal Democracy Has Failed? Is Italy Exhibit #1?, in: New Perspectives Quarterly 31: 4, 23-28.
- McKean, Benjamin L. (2016): Toward an Inclusive Populism? On the Role of Race and Difference in Laclau's Politics, in: Political Theory 44: 6, 797-820.
- McQuarrie, Michael (2016): Trump and the Revolt of the Rust Belt, Blog-Beitrag in: Trubowitz, Peter (Hrsg.): USAPP – American Politics and Policy, verfügbar unter: <http://bit.ly/2fqELEB> (16. November 2016).
- Mead, Rebecca (2010): Rage Machine: Andrew Breitbart's Empire of Bluster, in: The New Yorker Online, verfügbar unter: <http://www.newyorker.com/magazine/2010/05/24/rage-machine#ixzz1ntjDlwPn> (15. November 2016).
- Mény, Yves/Surel, Yves (Hrsg.) (2002): Democracies and the Populist Challenge, London: Palgrave.
- Miller, Michael E. (2016): Donald Trump on a Protester: «I'd Like to Punch Him in the Face!», in: The Washington Post Online, 23. Februar 2016, verfügbar unter: https://www.washingtonpost.com/news/morning-mix/wp/2016/02/23/donald-trump-on-protester-id-like-to-punch-him-in-the-face/?utm_term=.c1458cfe4b1f (7. Dezember 2016).
- Moffitt, Benjamin (2016): The Global Rise of Populism, Stanford: Stanford University Press.

- Mollmann, Steve (2016): Trump Wants to Upend a 56-year-old Defense Treaty with Japan, Based on a Lie About Money, in: Quartz, <http://qz.com/792564/us-presidential-debate-donald-trump-wants-to-upend-a-56-year-old-defense-treaty-with-japan-based-on-a-lie-about-money/> (2. Dezember 2016).
- Mooney, Chris/Brady, Dennis/Mufson, Steven (2016): Trump names Scott Pruitt, Oklahoma Attorney General Suing EPA on Climate Change, to Head the EPA, in: The Washington Post Online, https://www.washingtonpost.com/news/energy-environment/wp/2016/12/07/trump-names-scott-pruitt-oklahoma-attorney-general-suing-epa-on-climate-change-to-head-the-epa/?utm_term=.8adff8501f7a (12. Dezember 2016).
- Mudde, Cas (2007): Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas (2016a): Europe's Populist Surge, in: Foreign Affairs 95: 6, 25-30.
- Mudde, Cas (2016b): On Extremism and Democracy in Europe, London: Routledge.
- Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2013): Exclusionary vs. Inclusionary Populism. Comparing Contemporary Europe and Latin America, in: Government and Opposition 48: 2: 147–174.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2015): Populism, in: Freedon, Michael/Sargent, Lyman Tower/Stears, Marc (Hrsg.): The Oxford Handbook of Political Ideologies, Oxford: Oxford University Press, 493-512.
- Müller, Jan-Werner (2016a): Behind the New German Right, in: The New York Review of Books Online, 14. April 2016, verfügbar auf <http://www.nybooks.com/daily/2016/04/14/behind-new-german-right-afd/> (3. Dezember 2016).
- Müller, Jan-Werner (2016b): Populismus. Symptom einer Krise der politischen Repräsentation? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 66: 40-42, 24-29.
- Müller, Jan-Werner (2016c): Populisten. Woran man sie erkennen kann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 6. Mai 2016, verfügbar auf <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/populisten-woran-man-sie-erkennen-kann-14217268.html> (8. Dezember 2016).
- Müller, Jan-Werner (2016d): Trump, Erdoğan, Farage: The attractions of populism for politicians, the dangers for democracy, in: The Guardian Online, 2. September 2016, verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/books/2016/sep/02/trump-erdogan-farage-the-attractions-of-populism-for-politicians-the-dangers-for-democracy> (8. Dezember 2016).
- Müller, Jan-Werner (2016e): Was ist Populismus? Ein Essay, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Müller, Jan-Werner (2016f): What Is Populism? Philadelphia, PA: University of Pennsylvania Press.
- Nabers, Dirk (2000): Kollektive Selbstverteidigung in Japans Sicherheitsstrategie. Hamburg: Institut für Asienkunde.

- Nabers, Dirk (2005): Allianz gegen den Terror – Deutschland, Japan und die USA nach dem 11. September 2011. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nabers, Dirk (2015): A Poststructuralist Discourse Theory of Global Politics. New York: Palgrave Macmillan.
- Nagel, Joane (1998): Masculinity and Nationalism: Gender and Sexuality in the Making of Nations, in: Ethnic and Racial Studies 21: 2, 242-269.
- Neu, Viola (2013): Die Linke, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden: Springer VS, 316-331.
- Niedermayer, Oskar (2015): Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden: Springer VS, 175-207.
- o.A. (1968): To Define Populism, in: Government and Opposition 3: 2, 137-180.
- Oliver, J. Eric/Rahn, Wendy M. (2016): Rise of the Trumpenvolk: Populism in the 2016 Election, in: The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science 667: 1, 189-206.
- Renshon, Jonathan/Renshon, Stanley A. (2008): The Theory and Practice of Foreign Policy Decision Making, in: Political Psychology 29: 4, 509-536.
- Page, Susan (2015): This Time, Donald Trump Says He's Running, in: USA Today Online, verfügbar unter: <http://www.usatoday.com/story/news/politics/elections/2015/06/16/donald-trump-announcement-president/28782433/> (08.12.2016).
- Pausch, Robert (2015): Europa extrem, in: Die Zeit Online, 4. Februar 2015, verfügbar auf <http://www.zeit.de/feature/populismus-extremismus-europa> (6. Dezember 2016).
- Pedler, Anne (1927): Going to the People. The Russian Narodniki in 1874-5, in: The Slavonic Review 6: 16, 130-141.
- Pew Research Center (2016a): Trump Voters Want to Build the Wall, But Are More Divided on Other Immigration Questions, verfügbar unter: <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/11/29/trump-voters-want-to-build-the-wall-but-are-more-divided-on-other-immigration-questions/> (2. Dezember 2016).
- Pew Research Center (2016b): Behind Trump's Win in Rural White America: Women Joined Men in Backing Him, verfügbar unter: <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/11/17/behind-trumps-win-in-rural-white-america-women-joined-men-in-backing-him/> (2. Dezember 2016).
- Petry, Frauke (2016): Petry: Trump hat die Karten zur politischen Zeitenwende in der Hand, verfügbar unter: <https://www.alternativefuer.de/petry-trump-hat-die-karten-zur-politischen-zeitenwende-in-der-hand/> (8. Dezember 2016).
- Pfahl-Taugber, Armin (2013): Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen, in: Pfahl-Taugber, Armin (Hrsg.):

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, Brühl: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, 31-55.

- PolitiFact (2016): Donald Trump's File, in: PolitiFact.com, verfügbar unter: <http://www.politifact.com/personalities/donald-trump/> (9. November 2016).
- Poloni-Staudinger, Lori/Ortbals, Candice (2014): Gendering Abbottabad: Agency and Hegemonic Masculinity in an Age of Global Terrorism, in: Gender Issues 31: 1, 34-57.
- Powell, Colin (2001): «Remarks to the National Foreign Policy Conference for Leaders of Nongovernmental Organizations», The Avalon Project, verfügbar unter: http://avalon.law.yale.edu/sept11/powell_brief31.asp (26. November 2016).
- Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Populismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62: 5-6, 3-9.
- Ray, James Lee (2013): American Foreign Policy and Political Ambition, Thousand Oakes: CQ Press.
- Real Time with Bill Maher (2015): Overtime, 19. Juni 2015 (HBO), verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=0-2uSG1xUEg> (8. Dezember 2016).
- Risse, Thomas (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/ Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden: Nomos, 99-132.
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung: Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rühle, Michael (2003): «NATO takes on new tasks», The European Institute, verfügbar unter: <http://www.europeaninstitute.org/index.php/31-european-affairs/winter-2003/324-nato-takes-on-new-tasks> (19. November 2016).
- Salter, Mark B. (2002): Barbarians and Civilization in International Relations, London: Pluto Press.
- Shnayerson, Michael (2007): A Convenient Untruth, in: Vanity Fair Online, 16. April 2007, verfügbar unter: <http://www.vanityfair.com/news/2007/05/skeptic200705> (12. November 2016).
- Shuster, Simon (2016): Can NATO Survive a Donald Trump Presidency?, in: Time Online, 14. November 2016, verfügbar unter: <http://time.com/4569578/donald-trump-nato-alliance-europe-afghanistan/> (15. November 2016).
- Simonyi, András (2014): Putin, Erdogan and Orbán: Band of Brothers?, in: New Perspectives Quarterly 31: 4, 33-35.
- Spiegel Online (2016): Gauland sieht Höcke im Spitzenteam für Bundestag, in: Spiegel Online, 25. November 2016, verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexander-gauland-sieht-bjoern-hoecke-im-spitzenteam-fuer-bundestag-a-1123024.html> (4. Dezember 2016).

- Stanley, Ben (2016): Confrontation by Default and Confrontation by Design: Strategic and Institutional Responses to Poland's Populist Coalition Government, in: *Democratization* 23: 2, 263-282.
- Staud, Toralf (2015): Höcke ist kein Nazi, in: *Die Zeit Online*, 19. Oktober 2015, verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-10/afd-bjoern-hoecke-kein-nazi-jauch> (29. November 2016).
- Stavrakakis, Yannis (2005): Passions of Identification: Discourse, Enjoyment, and European Identity, in: Howarth, David/Torring, Jacob (Hrsg.): *Discourse Theory in European Politics: Identity, Policy and Governance*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 68-92.
- Stavrakakis, Yannis (2015): Populism in Power: Syriza's Challenge to Europe, in: *Juncture* 21: 4, 273-280.
- Stavrakakis, Yannis/Katsambekis, Giorgos (2014): Left-wing Populism in the European Periphery: The Case of SYRIZA, in: *Journal of Political Ideologies* 19: 2, 119-142.
- Strohmeier, Gerd (2007): Ein Plädoyer für die «gemäßigte Mehrheitswahl»: optimale Lösung für Deutschland, Vorbild für Österreich und andere Demokratien, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38: 3, 578-590.
- Taggart, Paul/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2016): Dealing with Populists in Government: Some Comparative Conclusions, in: *Democratization* 23: 2, 345-365.
- The Daily Beast 2016: Donald Trump: Same-Sex Marriage Is «Settled» Law, in: *The Daily Beast*, verfügbar unter: <http://www.thedailybeast.com/cheats/2016/11/13/donald-trump-same-sex-marriage-is-settled-law.html> (8. Dezember 2016).
- The New York Times (2016a): «Donald Trump's Contempt for Democracy», in: *The New York Times*, 19. Oktober 2016.
- The New York Times (2016b): Transcript: Donald Trump Expounds on His Foreign Policy Views, in: *The New York Times Online*, 26. März 2016, verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2016/03/27/us/politics/donald-trump-transcript.html?r=1> (7. Dezember 2016).
- The Japan Times (2015): «Japan agrees to raise host-nation spending for U.S. military; U.S. Ambassador welcomes extra spend», in: *The Japan Times*, 17. Dezember 2015.
- The Telegraph (2016): «Donald Trump sexism tracker: Every offensive comment in one place», in: *The Telegraph Online*, verfügbar unter: <http://www.telegraph.co.uk/women/politics/donald-trump-sexism-tracker-every-offensive-comment-in-one-place/> (10. November 2016).
- Tierney, Dominic (2016): The Global Spread of Trumpism, in: *The Atlantic Online*, 19. Juli 2016, verfügbar unter: <http://www.theatlantic.com/international/archive/2016/07/trump-brexit-far-right/491786/> (27. August 2016).

- Switzer, Tom (2016): What Rex Tillerson's Nomination Means for Russia Policy, in: The National Interest Online, 13. December 2016, verfügbar unter: <http://nationalinterest.org/feature/what-rex-tillersons-nomination-means-russia-policy-18726> (13. December 2016).
- Tooze, Adam (2017) Abschied von den USA, in: Die Zeit, 12. Januar 2017.
- Trump, Donald (@realDonaldTrump) (2014): Snowing in Texas and Louisiana, record setting freezing temperatures throughout the country and beyond. Global warming is an expensive hoax!, Tweet vom 28. Januar 2014, 22:27 Uhr, verfügbar unter: <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/428414113463955457> (15. November 2016).
- Trump, Donald (@realDonaldTrump) (2016a): The election is absolutely being rigged by the dishonest and distorted media pushing Crooked Hillary - but also at many polling places - SAD, Tweet vom 16. Oktober 2016, 10:01 Uhr, verfügbar unter: <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/787699930718695425> (6. Dezember 2016).
- Trump, Donald (@realDonaldTrump) (2016b): Hillary is too weak to lead on border security-no solutions, no ideas, no credibility.She supported NAFTA, worst deal in US history. #Debate, Tweet vom 19. Oktober 2016, 18:28 Uhr, verfügbar unter: <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/788914665136922624> (16. November 2016).
- Trump, Donald (@realDonaldTrump) (2016c): Jeb failed as Jeb! He gave up and enlisted Mommy and his brother (who got us into the quicksand of Iraq). Spent \$120 million.Weak-no chance!, Tweet vom 11. Februar 2016, 11:45 Uhr, verfügbar unter: <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/697869206893756416> (16. November 2016).
- Trump, Donald (@realDonaldTrump) (2016d): «@LKDUSA: @LKDUSA Now you need not wonder why we are attracted to a strong leader like @realDonaldTrump. The rest don't cut it. ALL WIMPS!!», Tweet vom 19. August 2015, 18:54 Uhr, verfügbar unter: <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/634181740140077056> (16. November 2016).
- Trump, Donald (@realDonaldTrump) (2016e): Our very weak and ineffective leader, Paul Ryan, had a bad conference call where his members went wild at his disloyalty., Tweet vom 11. Oktober 2016, 18:05 Uhr, verfügbar unter: <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/785828772423561216> (16. November 2016).
- Trump, Donald (@realDonaldTrump) (2016f): Rubio is weak on illegal immigration, with the worst voting record in the U.S. Senate in many years. He will never MAKE AMERICA GREAT AGAIN!, Tweet vom 14. März 2016, 21:21 Uhr, verfügbar auf <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/709595310939643905> (16. November 2016).
- Trump, Donald (@realDonaldTrump) (2016g): See, when I said NATO was obsolete because of no terrorism protection, they made the change without giving me credit.,

Tweet vom 6. Juni 2016, 14:36 Uhr, verfügbar unter: <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/739934090690998272> (6. Dezember 2016).

- Trump, Donald (@realDonaldTrump) (2016h): Yet more evidence of a media-rigged election:, Tweet vom 17. Oktober 2016, 15:46 Uhr, verfügbar unter: <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/788149137820614657> (6. Dezember 2016).
- Villamor, Felipe (2016): Duterte, Citing Hitler, Says He Wants to Kill 3 Million Addicts in Philippines, in: The New York Times Online, 30. September 2016, verfügbar auf http://www.nytimes.com/2016/10/01/world/asia/philippines-rodrigo-duterte-hitler-drugs.html?_r=0 (21. November 2016).
- Visser, Nick (2016): This Clip Pretty Much Sums Up Trump's Claims He Has Respect For Women, in: The Huffington Post Online, 19. Oktober 2016, verfügbar unter: http://www.huffingtonpost.com/entry/donald-trump-debate-respects-women_us_580825b9e4b0180a36e8dcad (7. Dezember 2016).
- Watson, Roland (2002): U.S. Claims 'Free Hand' in its War Against Terror, in: The Times (London), 1. Februar 2002.
- WDR (2015): Höckes Reden – Goebbels' Sound?, verfügbar unter: <http://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-hoeckes-reden--goebbels-sound-100.html> (8. Dezember 2016).
- Williamson, Vanessa/Skocpol, Theda/Coggin, John (2011): The Tea Party and the Remaking of Republican Conservatism, in: Perspectives on Politics 9: 1, 25-43.
- Ye Hee Lee, Michelle (2015): Donald Trump's false comments connecting Mexican immigrants and crime in: The Washington Post Online, 8. Juli 2015, verfügbar unter: https://www.washingtonpost.com/news/fact-checker/wp/2015/07/08/donald-trumps-false-comments-connecting-mexican-immigrants-and-crime/?utm_term=.1089ae9d7740 (7. Dezember 2016).
- Yost, David S. (2010): NATO's Evolving Purposes and the Next Strategic Concept, in: International Affairs 86: 2, 489-522.
- Young, Oran (1991): Political Leadership and Regime Formation: On the Development of Institutions in International Society, in: International Organization 45: 3, 281-308.
- Zakaria, Fareed (2016): Populism on the March: Why the West Is in Trouble, in: Foreign Affairs 95: 6, 9-15.

Die Autoren

Dirk Nabers ist Professor für Internationale Politische Soziologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Er war zuvor Leiter des Regional Powers Network (RPN), eines Zusammenschlusses des GIGA Hamburg, Sciences Po Paris und der University of Oxford sowie Akademischer Direktor der Hamburg International Graduate School for the Study of Regional Powers. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Soziologie der Internationalen Beziehungen, der politischen Philosophie sowie der poststrukturalistischen Internationalen Beziehungen.

Frank A. Stengel ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Internationale Politische Soziologie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Außenpolitikforschung, Theorien und Soziologie der Internationalen Beziehungen. Seine bisherigen Arbeiten sind u.a. im Journal of International Relations and Development und in International Peacekeeping veröffentlicht worden.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V.,
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Kontakt: Sergey Lagodinsky, [E lagodinsky@boell.de](mailto:lagodinsky@boell.de)

Erscheinungsort: www.boell.de
Erscheinungsdatum: Februar 2017
Lizenz: Alle Rechte vorbehalten

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Weitere E-Books zum Downloaden unter
www.boell.de/publikationen